

Hauptthese zur Aufwertung des Demokratiebegriffs für die Anti-Federalists in Teilen bestätigen.

Beide Gruppen deuten den klassischen Demokratiebegriff noch nicht um. Insofern liegen die Federalists richtig, wenn sie ihr Republikkonzept mit der Exklusion des Volkes als antidemokratisch einordnen. Da aber aus dem Konzept der Federalists der Wandel des Demokratieverständnisses folgen wird, liegt hier keine Umdeutung der Demokratie zur repräsentativen Form vor, aber der Ursprung der Umdeutung in den USA – aufgrund des Konnexes von Volkssouveränität, Wahlrecht, formaler Gleichheit mit der distinktiven Repräsentation. Durch diese konzeptuell widersprüchliche Kombination wird das Volk als passiver Souverän verstanden, und demokratisch anmutende Elemente (wie Volkssouveränität, Bürgerrechte etc.) fundieren ein antidemokratisches System. Daher liegt hier (bezüglich der zweiten Hauptthese) die Basis der Umdeutung der Demokratie.

Betrachtet man die Entwicklung von der Debatte zwischen Paine und Adams zur Ratifikationsdebatte, zeigt sich, dass keine Parteiung die Repräsentation infrage stellt. Während Paines repräsentativ-demokratisches Diktum zwischenzeitlich zunächst unter den Tisch fällt, rezipieren die Anti-Federalists die Idee der mimetischen Repräsentation oder des imperativen Mandats, formulieren dies sie en détail aus und beziehen sich auch teils offen positiv auf die Demokratie, um einen Kompromiss zwischen demokratisch-republikanischer Klassik und Moderne zu finden. Die Federalists dagegen liefern eine Neukombination aus virtueller Repräsentation und Volkssouveränität als distinktive Repräsentation. Damit beschäftigt sich die Ratifikationsdebatte expliziter mit der Demokratie.

3.3 Die frühe Republik und die Demokratie: Democratic Republicans versus Federalists

Mit der Verfassungsdebatte war entschieden, wie das US-System auszusehen hat. Die Anti-Federalists mussten dies akzeptieren, während die Federalists – abseits lokaler Selbstverwaltungen – den Gedanken der Nation mit einer einheitlichen Regierung durchsetzten. Einige konservative Federalists verloren dabei ihren Glauben an die Revolution und befürworteten gar monarchische Elemente, was die Anti-Federalists alarmierte und bald im *Age of Federalism* der 1790er neue Debatten um staatstheoretische Prinzipien auslöste.³⁶⁴

Dieser Diskurs kann sich aber fast nur mit Interpretationen, Modi und Erweiterungen des weitgehend von den Federalists geprägten politischen Systems befassen. Jedoch kommt es besonders in dieser Phase – auch als Reaktion auf die Französische Revolution – zur Stärkung einer emanzipatorischen begrifflichen Assoziation von Volkssouveränität und demokratischer Selbstgesetzgebung. Die Anti-Federalists hatten sich immerhin zu bedeutenden Akteuren des politischen Diskurses entwickelt und formten

364 Vgl. Wood, Gordon S.: *Empire of Liberty. A History of the Early Republic, 1789-1815* (= The Oxford History of the United States, Bd. 2), Oxford et al. 2009, S. 52-58.

eine neue Koalition gegen die Federalists von Hamilton. Zur neuen Gruppe gehören Jefferson und Madison. Dazu mussten die vorherigen Verfassungsgegner die *Constitution* in einer spezifischen republikanischen Interpretation akzeptieren und diese sowie die *Bill of Rights* verteidigen. Dabei wurden auch Forderungen nach mehr bürgerlicher Partizipation und rückgebundenen Repräsentanten laut. Damit brachten sie konstitutionelle Argumente hervor. Diese neue Parteiung formierte sich zu den Republicans, manche titulierte sich gar als Democratic Republicans, weil die Anti-Federalists im ersten *Congress* eine fragmentierte Minderheit waren. Dabei konnte etwa nicht über die Union oder die Repräsentation an sich diskutiert werden. Die Idee, dass die Federalists die Doktrin der *expressed power* hervorgebracht hatten, wurde in der folgenden Dekade von Madison und anderen Akteuren, die den regierenden Federalists abgeschworen hatten, geteilt. Diese Gruppierungen bildeten die Republicans, die das kommende Paradigma mit einer starken Rhetorik darstellen, zunächst als verfassungsschützende Opposition. Die Republicans waren eine sozial heterogenere Gruppe als die Anti-Federalists. Der größte Teil bestand aus südlichen Landbesitzern, denen die Finanzpolitik Hamiltons suspekt war und die trotz demokratischer Attitüde zahlreiche Sklaven besaßen.³⁶⁵

Damit zerfiel die Dichotomie zwischen Federalists und Anti-Federalists, und eine neue zwischen Republicans und Federalists mit veränderten Fronten und einer sukzessiven Stärkung der Republicans entstand.³⁶⁶ Das Narrativ dieses Republikanismus, der an die Revolution anschließen wollte, war, dass Farmer und Handwerker egalitär die Idee anfochten, dass wenige Gentlemen die Gesellschaft lenken sollten. Die Distinktionstheorie wurde weiterhin kritisiert. Shalhope zufolge haben die Republicans den egalitären Impuls des Lokalismus der Anti-Federalists zu einer starken nationalen Ideologie transformiert. Anstelle des demokratischen Lokalismus trat eine sich als aufgeklärt suggerierende Opposition mit den Idealen einer partizipatorischen, nationalstaatlichen Republik.³⁶⁷

Der neue Konflikt zwischen (Democratic) Republicans und Federalists begann mit dem finanzökonomischen Programm Hamiltons, der als Schatzmeister eine Nationalbank gründen wollte. Der konkrete Anlass, der die Hoffnung auf eine politische Harmonie störte, war der enorm hohe Schuldenberg der USA, den Hamilton mit der Gründung der Bank und nationalen Steuern beseitigen wollte. Madison warf Hamilton hierbei einen repressiven Elitarismus vor. Und Hamilton sah Madison als Lügner und schlechten Charakter, der die Seiten gewechselt hatte. Die neue Frontbildung setzte Madison und Jefferson in ein Dilemma: Einerseits waren sie für eine antifaktiöse Einheit von Staat und Regierung, und sie waren keinesfalls gegen die *natural aristocracy* per se; andererseits sahen sie in Hamilton eine Gefahr der republikanischen Prinzipien und Freiheitsrechte. So formierten sich – kurz nach Ratifikation der angeblich antifaktiösen Verfassung – Parteiungen. Dennoch hatten beide Gruppen den Anspruch, die republikanische

365 Vgl. Ibid., S. 140-142/164-167.

366 Vgl. Siemers: Ratifying the Republic, S. 47f./57f.

367 Vgl. Shalhope: Roots of Democracy, S. 140; vgl. auch Cornell: The Other Founders, S. 200f./222/231.

Öffentlichkeit zu vertreten.³⁶⁸ So werden Fragen des politischen Tagesgeschäfts zu allgemeinen theoretischen Fragen über Republik, Elite und Demokratie.

In diesem Konflikt sahen sich Jefferson und Madison als Verteidiger konstitutioneller und republikanisch-volkssoveräner Prinzipien. Denn Ersterer fürchtete, dass eine Nationalbank dazu führe, dass die Vertreter des Finanzkapitals, die er als *monocrats* deklassierte, die Macht über die Union übernehmen würden, entgegen den Interessen des agrarisch geprägten Südens. Generell misstrauten Jefferson und die früheren Anti-Federalists Geldspekulanten, da diese mit einer agrarisch-tugendhaften Kultur des Republikanismus unvereinbar seien. Hamilton dagegen berief sich auf das Prinzip einer starken Zentralregierung und wurde dafür von Jefferson als Monarchist tituliert. Washington gab Hamilton recht. Jefferson forderte nun unter anderem eine größere Zahl an Repräsentanten, da er eine personelle Verbindung zwischen den *monocrats* und vielen Abgeordneten sah.³⁶⁹

Der Konflikt zwischen den *Secretaries* Jefferson und Hamilton wurde bald publik. Ersterer gründete mit Madison und Philip Freneau in Philadelphia die überregionale Zeitung *Gazette of the United States*, die von 1791 bis 1793 erschien. Die Fehde wurde in aggressiven Polemiken ausgetragen, als Hamilton etwa unter verschiedenen Pseudonymen die Republicans attackierte und seine *commercial republic* verteidigte, während Jefferson Madison für dessen *Party Press Essays* Informationen aus dem Kabinett zu spielte. Als Folge dieser öffentlichen Gegenüberstellung gründeten sich zwischen 1792 und 1794 35 Democratic und Republican Societies. Diese bestanden vor allem aus lokalen Akteuren, die mit der Französischen Revolution und Jefferson sympathisierten und versuchten, republikanische Mechanismen der Verfassung zu schützen sowie lokaldemokratisch zu agieren.³⁷⁰ Solche Sozietäten nannten sich nun demokratisch, gebrauchten also den Demokratiebegriff positiv. Verhärtet hatten sich die Fronten bis 1796, als Jay einen Bündnisvertrag mit Großbritannien ausgehandelt hatte. *Jay's Treaty* wurde von Jefferson dafür kritisiert, dass er ein Bündnis gegen *Congress* und Volk darstelle. Es kam zu Tumulten gegen Hamilton und Jay. Nachdem Washington 1796 nach zwei Amtsperioden als *President* freiwillig zurücktrat, personifizierten sich die Parteikämpfe mit Kandidaten. Bei der Wahl unterlag jedoch Jefferson zunächst gegen den vorherigen *Vice President* Adams. Der dritte Diskussionspunkt, der vor allem Schutzrechte umfasst, waren die *Alien and Sedition Laws* von 1798. Diese erlaubten es der Federalist-Regierung, Ausländer, die eine angebliche politische Gefahr darstellten, zu verhaften. Unter anderem einige Herausgeber von Jefferson nahestehenden Zeitungen wurden inhaftiert. Im Jahr 1800 wurde aber Jefferson zum *President* gewählt.³⁷¹

368 Vgl. Sharp: *American Politics in the Early Republic*, S. 41-43; Cost: *The Price of Greatness*, S. 53-55; vgl. auch Banning, Lance: *Jeffersonian Ideology and the French Revolution: A Question of Liberty*, in: *Studies in Burke and His Time*, 1(17/1976), S. 5-26, hier: S. 6.

369 Vgl. Cornell: *The Other Founders*, S. 166-175, Banning, Lance: *Republican Ideology and the Triumph of the Constitution, 1789 to 1793*, in: *The William and Mary Quarterly*, 2(31/1974), S. 167-188, hier: S. 179-181.

370 Vgl. Sheehan, Colleen A.: *Madison v. Hamilton: The Battle Over Republicanism and the Role of Public Opinion*, in: *American Political Science Review*, 3(98/2004), S. 405-424, hier: S. 407f./412f.

371 Vgl. Nicolaisen: *Thomas Jefferson*, S. 87-97/101-103; Ackerman: *We the People*, S. 70f.; Adair, Douglas: *Fame and the Founding Fathers*, hg. von Colbourn, Trevor, New York 1974, S. 161-163.

Diese *Jeffersonian Democracy* (1801-1808) meint eine größere demokratische Selbstbestimmung und eine Reduzierung der zentralen Regierungskompetenzen, eine Dezentralisierung des Staatsapparats bei einer Übergabe politischer Funktionen an Einzelstaaten und lokalen Institutionen im Sinne des zehnten *amendments*.³⁷² Ab 1800 sollte die Demokratie als Begriff regierungsweisend sein, konzeptionell in einer Modifikation einer elitären Verfassung.³⁷³ Die als demokratisch und republikanisch dargestellten Prinzipien der *Jeffersonian Democracy* zeigen sich im Lager der Democratic Republicans und der ihr zugehörigen Vereinigungen. Etwa wollte Jefferson den egalitär-revolutionären Geist der *Declaration of Independence* reanimieren, gegen den Usus der Federalists der 1790er, einer politischen Patronage und der unterstellten Korruption des Systems. Auch wurde die Revolutionszeit von den Democratic Republicans rhetorisch reaktiviert, jedoch nun unter häufigerem Gebrauch des Begriffs *democracy* und mit der terminologischen Dichotomie von *Republik/Demokratie* und *Monarchie/Aristokratie*.³⁷⁴ Wieder unterstellte die republikanische Seite den Federalists, den Geist von 1776 zu verraten. Jedoch waren die Democratic Republicans dabei rhetorisch erfolgreicher als die Anti-Federalists. Das liegt auch am Wandel der Rhetorik der 1790er, wie Andrew Robertson bemerkt. Der laudatorische Stil der politischen Rhetorik wandelte sich zu einem demonstrativen und hortatorischen Stil. Das umfasst eine dramaturgische Sprache mit Ausrufungen und Ellipsen (erinnernd an dem pamphletistisch-revolutionären Stil Paines) sowie einer emotionalen Inklusion der Rezipient*innen. Daher war die hortatorische Rhetorik eher an Akteuren denn Moralprinzipien orientiert, womit sie den traditionellen mündlichen Protest von Massenversammlungen adaptierte. Dieser Stil hatte einen breiten Erfolg im Konflikt der 1790er und dauerte die *Jeffersonian Democracy* an. Dies führte zu einer am Freiheitspathos orientierten sprachlichen Inklusion der Bevölkerung und einer Stärkung des demokratischen Gedankens, dass die Volksmeinung der entscheidende politische Parameter sein müsse.³⁷⁵ Aber dies erschwert die Analyse von Konzepten, da Personen im Vordergrund stehen.

Der Konflikt zwischen Hamilton und Jefferson wurde in der Geschichtswissenschaft Anfang des 20. Jahrhunderts häufiger als Kampf um allgemeine Grundsätze und Fragen des Staates interpretiert. Der Streit gilt nicht nur als eine historische Phase, sondern als ein konzeptueller Kampf von Theorie-Giganten, deren Antagonismus die amerikanische Geschichte an sich ausdrücke. Trotz der Melodramatik solcher Formulierungen steckt dahinter der fruchtbare Kern, dass es trotz der Rhetorik um Grundfragen des politischen Denkens und der Demokratietheorie ging. Somit würde der Konflikt einen generellen theoretischen Antagonismus ausmachen, der bis heute seine Gültigkeit hat,

372 Vgl. Buchstein: Öffentliche und geheime Stimmabgabe, S. 430. Daraus sollte später die *Jacksonian Democracy* erwachsen, die die Regierung in Hände der *common men* bringen wollte.

373 Jefferson konstruierte damit das Bild einer Republik mit klassischen Ideen, adaptiert von Aristoteles, Montesquieu, Harrington und der schottischen Moralphilosophie, aber weiterhin mit dem Freiheitsbild von Locke. (Vgl. Sheldon: The Political Philosophy of Thomas Jefferson, S. 53-55/83f.)

374 Vgl. Keane: The Life and Death of Democracy, S. 273f.; Wood: The Radicalism of the American Revolution, S. 298-301.

375 Vgl. Robertson: The Language of Democracy, S. 11-13/27-30.

aufgrund fundamentaler ideologischer Unterschiede.³⁷⁶ Dies ist entscheidend für die allgemeinen Fronten der normativen Demokratietheorie. Damit ändert sich die Positionierung zur *Demokratie*, der Demokratiebegriff erhält eine positive Rolle im öffentlichen Diskurs. Das ist maßgebend für den ideengeschichtlichen Wandel und normativen Durchbruch des Begriffs.

Die Mehrheit der Forschungsliteratur ergreift auf unterschiedliche Weise Partei, meist für die Democratic Republicans, ob diese nun als modern-liberale Demokraten (wie bei Wood) oder als klassische Republikaner (wie bei Pocock) gesehen werden. Viele stilisieren vor allem Jefferson zu einem radikaldemokratischen und progressiven (oder gar zu einem protopopulistischen) Agrarrepublikaner. Dabei übersehen diese Positionen aber, dass Jefferson während der Verfassungsdebatte – zu dieser Zeit befand er sich in Frankreich – sich zwar nicht zu den Federalists zählte, aber die *US-Constitution* und insbesondere die nationale Einheit und das *checks and balances* begrüßte.³⁷⁷ Auch das Prinzip der *natural aristocracy* auf Bundesebene wurde von ihm akzeptiert. Die Mythologisierung von Jefferson als Ikone der Demokratie ist zu simplifiziert und trifft teils auf die Jeffersonians, aber nicht auf seine Person zu. Eine wichtige Rolle beim Durchbruch des neuen (demokratischeren) Republikanismus spielt Madison, der als Elitetheoretiker und Vordenker der Federalists agierte und sich schließlich gegen diese wandte, da er im politischen Agieren der Federalists eine Faktion und eine Manipulation der Ökonomie durch den Staat erblickte. Fraglich bleibt, woran die Apostasie von Madison liegt und ob ihn dies demokratischer macht. Garrett W. Sheldon geht so weit, Madison als republikanischen Demokraten zu klassifizieren, als Konterpart zum Zentralismus.³⁷⁸ Wie Jefferson lavierte Madison zwischen Lockes Individualismus und republikanischen Ideen. Wenn aber Madison und Jefferson das theoretische Fundament der Republicans liefern, hat dann Sheldon Recht, wenn er den Madison der 1790er als Demokraten interpretiert? Oder ist diese Vereinigung der Anti-Federalists mit Madison eher eine Aufweichung der demokratischen Prinzipien der sich aus den in weiten Teilen partizipatorischen und plebejischen Anti-Federalists bildenden Republicans? Im Folgenden soll auch der Frage der Verortung der Democratic Republicans und Federalists in Beziehung zur klassisch-partizipatorischen Demokratie nachgegangen werden.³⁷⁹

Dabei soll der dritte Teil dieses Kapitels untergliedert werden nach den Elementen des ökonomischen Privatinteresses, dem daraus folgenden Freiheits- und Gleichheitsverständnis beider Parteien, dem Grad an Volkssouveränität und direkter Partizipation im repräsentativen System sowie dem Verständnis des *checks and balances*.

376 Vgl. Federici: *The Political Philosophy of Alexander Hamilton*, S. 214f.; Bowers, Claude G.: *Jefferson and Hamilton. The Struggle for Democracy in America*, London 1925, S. 170.

377 Vgl. Mayer: *The Constitutional Thought of Thomas Jefferson*, S. 95-99.

378 Vgl. Sheldon: *The Political Philosophy of James Madison*, S. 78.

379 Vgl. Read, James H.: »Our Complicated System«: James Madison on Power and Liberty, in: *Political Theory*, 3(23/1995), S. 452-475, hier: S. 453; vgl. auch Matthews, Richard K.: James Madison's Political Theory: Hostage to Democratic Fortune, in: *The Review of Politics*, 1(67/2005), S. 49-67, hier: S. 49f.

3.3.1 Ökonomische Interessen in der Republik

Ausgangspunkt der Debatten darüber, ob die Republik elitär oder egalitär ausgelegt werden sollte, ist weiterhin die Behauptung der Federalists, dass die Republik anti-faktiös sein sollte. Dennoch bilden antagonistische Interessen von Bevölkerung und Politikern die Basis für den ersten grundlegenden Konflikt. Dieser beginnt mit der Legitimation des Eigeninteresses im Staat und hat Hamiltons Vorschlag der Einrichtung einer Zentralbank als Kern. Hamilton beschreibt die Bank 1791 als »an institution of primary importance to the prosperous administration of the finances and would be of the greatest utility in the operations connected with the support of the public credit.«³⁸⁰ Es würde den nationalen Kapitalfluss forcieren. So könne die Regierung im Notfall auf die Ressourcen der Bank zurückgreifen.³⁸¹ Geldknappheit sei für den Staat unproblematisch, da ihm stets finanzielle Hilfe gewährleistet würde. Mit diesem ökonomischen Interventionismus und Protektionismus forciert Hamilton eine Kooperation zwischen finanzieller und politischer Oberschicht. Daraus resultiert, dass die wirtschaftlich Mächtigen zugleich den Staat dominieren sollen und die einst paranoid wirkenden Anti-Federalists – bezüglich der Gleichsetzung von *natural aristocracy* und Oligarchie – de facto bestätigt werden.³⁸²

Hamiltons Souveränitätsparadigma will damit ein elitäres System legitimieren, wobei er weiterhin den Unterschied zwischen Elite und Volk forciert.³⁸³ Indem Hamilton einen fiskalisch-militärischen Staat (orientiert am britischen Vorbild) fordert, hat er die kommerzielle Prosperität und äußere Souveränität der Union im Auge. Dabei kommt es jedoch zu konkurrierenden Privatinteressen, die institutionell ausgetragen werden und sowohl zum Ideal des öffentlichen Wohls als auch zu den mehrheitlichen Einzelinteressen diametral verlaufen.³⁸⁴ Werden ökonomische Hierarchien ins Politische transferiert, so ist dies im aristotelischen Staatsformenschema eine despotische Herrschaft. Damit widerspricht Hamilton dem essenziellen Prinzip seiner Republik, in der Privatinteressen durch Filterungsprozesse und *checks and balances* aus dem Politischen gehalten werden. Im Grunde verliert er sein qualitatives Argument gegen das angeblich faktiöse Volk, da eine Oligarchie (nicht Aristokratie) regieren soll, aber ohne, dass Hamilton von der Gemeinwohrrhetorik ablassen würde. Denn das ökonomische Mittel für das Gemeininteresse sei die Zentralbank: Eine kommerzielle Republik erlaube es, die Passionen zu wirtschaftlichem Erfolg und Fortschritt zu transformieren. In der Ratifizierungsdebatte war *Publius* noch damit befasst zu behaupten, dass die *natural aristocracy* nicht per se die Herrschaft der Reichen bedeute. Die neue Politik dagegen basiert auf einer Desillusionierung der Federalists, da sie glauben, die

380 Zit. Hamilton, Alexander: Papers on Public Credit, Commerce and Finance, hg. von KcKee, Jr., Samuel, New York 1934, S. 33.

381 Vgl. Ibid, S. 57f.

382 Vgl. Müller, Johann B.: Liberalismus und Demokratie. Studien zum Verhältnis von Politik und Wirtschaft (= Stuttgarter Beiträge zur Geschichte und Politik, Bd. 11), Stuttgart 1978, S. 35-39; Hofstadter: The American Political Tradition And The Man Who Made It, S. 33.

383 Vgl. Hamilton: The Papers of Alexander Hamilton, Bd 5, S. 99-104/107-112/135-140; Bd. 25, S. 129-136; Rahe: Republics, S. 655f./661-667.

384 Vgl. Wood: The Radicalism of the American Revolution, S. 262-270.

finanziellen Bedürfnisse der einfachen Bürger in einer kommerziellen Gesellschaft bedrohten ihre Austeritätspolitik. Die Vielen, per Geburt und Besitz angeblich unterlegen, müssten sich den natürlichen Herrschern unterordnen.³⁸⁵ Die pseudorepublikanische Maske der Federalists fällt schließlich und offenbart die Fratze der despotischen Oligarchie.

Hamiltons Politik ist weder republikanisch noch individualistisch, sondern merkantilistisch und autoritär. Der Freihandel soll mit der nationalen Stärke kombiniert werden. Denn dass Freihandel von selbst Frieden schafft, ist etwas, das Hamilton, anders als viele Aufklärer, nicht für selbstverständlich hält; die Geschichte gibt ihm recht. Seiner Idee von den USA als ökonomische und politische Großmacht steht die republikanische Furcht gegenüber, dass das Land korrumpieren würde, wenn es Spekulanten statt der Bürgerschaft überlassen werde.³⁸⁶

In der Debatte zur Nationalbank spaltet sich Madison 1791 von den Federalists ab. Er hat sich in den *Federalist Papers* nicht für eine Finanzelite, sondern für Großgrundbesitzer ausgesprochen.³⁸⁷ Sein Wechsel zeigt nicht nur, dass nun ebenso die Republicans mit der elitären Theorie Madisons arbeiten, sondern auch, dass die Autoren der *Federalist Papers* in ökonomischen Details oder der Frage, wie stark der *President* sein sollte, divergieren. So will Madison Personen und Privateigentum rechtlich schützen. Damit ist er der Verfechter individueller Schutzrechte und Hamilton der Apologet eines protektionistischen Machtstaats. Keiner der beiden nimmt eine dezidierte demokratische Position der kollektiven Autonomie eines Volkes ein. Die vorherige Allianz teilt nicht die gleichen Ansichten zu Handel und Reichtum.³⁸⁸ Der Unterschied bezüglich der Privatinteressen besteht in der Interpretation der Verfassung, da Madison und Jefferson diese strikt und eng interpretieren und eine Nationalbank für verfassungswidrig halten, da dadurch die Macht der Regierung über ihre Grenzen hinaus ausgedehnt werde. Hamilton offeriert dagegen eine breite Deutung der Konstitution, da der *Congress* das Recht habe, sinnvolle und nötige Gesetze zu verabschieden.³⁸⁹ Die Republicans lassen sich rhetorisch und strategisch besser vermarkten, da ihre Namensgebung und ihr Narrativ dasjenige ist, dass sie die wahren Demokraten und Republikaner seien, während die Federalists Anhänger des britischen Monarchismus seien.³⁹⁰

385 Vgl. Sheehan: Madison v. Hamilton, S. 411-417; Shalhope: The Roots of Democracy, S. 150-153; Kennedy, David/Cohen, Elizabeth/Bailey, Thomas A.: The American Pageant. A History of the Republic, Boston/New York 13²⁰⁰⁶, S. 207; Cost: The Price of Greatness, S. 43-72.

386 Vgl. Walling, Karl-Friedrich: Republican Empire. Alexander Hamilton on War and Free Government (= American Political Thought, Bd. 1), Lawrence 1999, S. 175f./186-208.

387 Hamilton schreibt in einem Brief, dass er seinen früheren Verbündeten Madison fortan als gefährlichen Opponenten behandeln würde, da dieser versuche, die Regierung zu untergraben. Zwar erkennt Hamilton Madisons hehre Intentionen an, aber glaubt, Letzterer sei von seiner Popularität und persönlichen Vorteilen korrumpiert worden. (Vgl. Hamilton: The Papers of Alexander Hamilton, Bd. 11, S. 426-425; Banning: The Sacred Fire of Liberty, S. 294-301.)

388 Vgl. Manin: Kritik der repräsentativen Demokratie, S. 168f.; Pole: Political Representation in England and the Origins of the American Republic, S. 299f.

389 Vgl. Siemers: Ratifying the Republic, S. 67-73/92-94; Wood: Empire of Liberty, S. 98-105/143-172/206-214; Adair: Fame and the Founding Fathers, S. 137f.

390 Vgl. Rutland, Robert A.: James Madison. The Founding Father, Columbia/London 1987, S. 99-117; Banning: Jeffersonian Ideology and the French Revolution, S. 11-13.

Problematisch ist der Konflikt für Madison, der als *Publius* Faktionen dämonisiert und nun mit zwei Protoparteien konfrontiert ist, die jedoch keine lokalen Gruppen mehr sind, sondern konkurrierende Ideen von Gemeinwohl und Republik vertreten. Daher relativiert Madison seine kategorische Linie der Überparteilichkeit und akzeptiert Folgendes: »In every political society, parties are unavoidable. A difference of interests, real or supposed, is the most natural and fruitful source of them.«³⁹¹ Die öffentliche Meinung sei der wahre Souverän. Vor allem zwei Aspekte führen zu diesem Schluss: zum einen der Aufstieg der Democratic Republican Societies, zum anderen die Zunahme des Einflusses der Administration, zu der es ein zivilgesellschaftliches Gegengewicht brauche. Um das Böse von solchen unvermeidlichen Parteien zu verhindern, stellt Madison einen Forderungskatalog auf. Dieser umfasst individuelle Schutzrechte mit republikanischen Einsprengseln: etwa eine formale Gleichheit, die Verhinderung davon, dass sich soziale Ungleichheiten illegitim maximieren, eine Legislative, die das Privateigentum nicht antastet, und *checks and balances*.³⁹² Politische Parteien und Partikularinteressen bleiben für ihn eine Gefahr für die Gemeinschaft, aber werden als kontrollierbare Realität interpretiert. Aber nun muss Madison zumindest implizit seine Repräsentationstheorie relativieren, da die angeblich gemeinwohlorientierten Repräsentanten gespalten sind. Deshalb betont er jetzt die Bürgerbeteiligung per Wahlakt stärker als die elitären Elemente seiner Theorie, wenn er etwa konstatiert, die Regierung habe sich nach der öffentlichen Meinung zu richten, obgleich er die Repräsentation mit freiem Mandat an sich nicht kritisiert.³⁹³

Durch sein neues Bündnis wird Madison in seiner Sprache volksfreundlicher, da er nun den Besitz und den Willen der Bürger als grundrechtliche Basis sieht, die die Legislative nicht antasten dürfte. Sein Ton ist moderater als der Jeffersons, aber ihre Kritiken an der Zentralbank sind relativ identisch und tendenziell frühliberal. Ein Unterschied ist eher daran zu bemerken, dass Jefferson sich mehr auf das republikanische Prinzip der Landwirtschaft als Basis der Autarkie des Staates und des Bürgers bezieht.³⁹⁴ Madison plädiert zudem dafür, dass der tugendhafte Staatsmann als Repräsentant das Land vor Faktionen schützen solle. Jefferson dagegen sieht das Tugendproblem nicht rein institutionell, sondern auch sozioökonomisch bedingt. Daher brauche es eine bürgerliche Unabhängigkeit, eine föderale politische Ordnung und die Möglichkeit zur Beteiligung des *demos* an politischen Prozessen. Madison betont mehr als in den *Federalist Papers* die Volkssouveränität, da er fortan der Mehrheitswahl die Regierung überlassen will. Wie geschildert (siehe Abschnitt 3.2.2) wurde die *Volkssouveränität* von der *Demokratie* bei

391 Zit. Madison, John: Writings, hg. von Rakove, Jack N., New York 1999, S. 504.

392 Vgl. Ibid., S. 504f.; Kalyvas, Andreas/Katznelson, Ira: The Republic of the Modern's: Paine's and Madison's Novel Liberalism, in: *Polity*, 4(38/2006), S. 447-477, hier: S. 467-472.

393 Vgl. auch Sharp: American Politics in the Early Republic, S. 46-50/56-58/64f.; Koschnik, Albrecht: The Democratic Societies in Philadelphia and the Limits of the American Public Sphere, circa 1793-1795, in: *The William and Mary Quarterly*, 3(58/2001), S. 615-636, hier: S. 629f.; Sheehan: Madison v. Hamilton, S. 408f.

394 Vgl. Madison: Writings, S. 245f./257-259/511-514; Rahe: Republics, S. 727-733; Ball, Terence: Discordant voices: American histories of political thought, in: Castiglione, Dario/Hampsher-Monk, Iain (Hg.): *The History of Political Thought in National Context* (= *Ideas in Context*, Bd. 61), Cambridge et al. 2001, S. 107-133, hier: S. 112f.

den Federalists konzeptionell und begrifflich getrennt. Durch eine volksfreundlichere Sprache bei der Betonung der Souveränität lässt sich diese Trennung nicht dauerhaft aufrechterhalten. Mit der Aufwertung der Volkssouveränität werden die Idee eines entscheidenden *demos* – als vage Norm – und die positive Bewertung demokratischer Elemente präsenter, ohne dass sich die undemokratische Verfassung dazu ändern würde. Madison sieht nun die Rolle der Einzelstaaten als bedeutsamer an, um lokale Distinktionen auszumachen.³⁹⁵ Denn Madison kommt nicht umhin, die Volkssouveränität in Verbindung mit dem öffentlichen Interesse zu betonen, obgleich er dabei nicht das Distinktionsprinzip der Repräsentation problematisiert, sondern den parteiischen Charakter politischer Akteure. So macht Madison zwei Arten von Unterschieden zwischen den Parteien aus: Partikularinteressen und die Frage, ob die Menschheit sich selbst regieren könnte. Hierbei greift er die Federalists 1792 als antirepublikanische Partei an:

»The antirepublican party [die Federalists] [...] being the weaker in point of numbers, will be induced by the most obvious motives to strengthen themselves with the men of influence, particularly of moneyed, which is the most active and insinuating influence. [...] The Republican party [...] conscious that the mass of the people in every part of the union, in every state, and of every occupation must at bottom be with them, both in interest and sentiment will naturally find their account in burying all antecedent questions, in banishing every other distinction than that between enemies and friends to republican government, and in promoting a general harmony among the latter.«³⁹⁶

Somit positioniert sich Madison auf Seite der Republicans, die für die Masse der Bürger und eine antifaktiöse Harmonie stünden, wohingegen die Federalists eine korrumpierte Finanzelite darstellten. Die finanzpolitischen Ambitionen der Federalists würden zu Unterdrückung und Usurpation – durch den Einfluss von Papiergeld – sowie zur Gefahr eines stehenden Heeres führen.³⁹⁷ Damit ist gezeigt, dass beide Seiten das vermeintliche Gemeinwohl und Attribute wie Republikanismus für sich reklamieren – jedoch mit konträren Interpretationen. Erst diese Interpretationen sagen etwas über den Grad an Demokratie aus.³⁹⁸

395 Vgl. auch Banning. *The Sacred Fire of Liberty*, S. 304-315; Boyer et al.: *The Enduring Vision*, S. 211.

396 Zit. Madison: *Writings*, S. 531f.

397 Vgl. Sheldon: *The Political Philosophy of James Madison*, S. 81f.; Stourzh, Gerald: *Alexander Hamilton and the Idea of Republican Government*, Stanford et al. 1970, S. 70-75/98-102.

398 Darüber hinaus bemerkt aber Arendt, dass die Gefahr der Korruption in keiner Staatsform wahrscheinlicher sei als in der egalitären Republik. Wenn eine Korruption entsteht, indem das private Interesse sich der Sphäre der Öffentlichkeit bemächtigt, geht die Gefahr in der egalitären (demokratischen) Republik von einer Korruption von unten aus, in der aristokratischen (oder oligarchischen) Republik (der Federalists) von oben durch eine herrschende Schicht. »Gerade wo sich die Kluft zwischen Herrschenden und Beherrschten sich geschlossen hat [demokratisch eine Identität von Herrschenden und Beherrschten besteht], entsteht die Gefahr, daß öffentliche und private Interessen sich auf eine höchst unappetitliche und schädliche Weise miteinander vermischen.« (Zit. Arendt: *Über die Revolution*, S. 362) Das öffentliche Agieren könne die Republik davor schützen. (vgl. *Ibid.* S. 362-364) Zwar ist es eben zweifelhaft und keinesfalls selbstevident, dass eine Elite weniger von Partikularinteressen getrieben ist als ein *demos*. Um dennoch den möglicherweise problematischen Aspekten von Partikularwillen einer egalitären Bürgerschaft und dem Gemeinwesen vorzubeugen, betont Jefferson (wie die Anti-Federalists zuvor) die politische Tu-

Jefferson, der in seiner Rhetorik egalitärer und partizipatorischer ist, forciert, ähnlich wie Paine in den 1770ern, eine Kombination aus volkssouveränem Staat und deregulierter Ökonomie. Damit will er die *lower middle class* stärken. Er plädiert offen für eine Volksmacht (wörtlich genommen: eine Demokratie) in politischen und ökonomischen Fragen. Eine vom Staat unangetastete, aber garantierte Marktwirtschaft solle eine harmonische Gesellschaft kreieren. Etwa sagt er in seiner *First Inaugural Address* 1801:

»[F]ellow Citizens – a wise and frugal Government, which shall restrain men from injuring one another, shall leave them otherwise free to regulate their own pursuits of industry and improvements, and shall not take from the mouth of labor the bread it has earned.«³⁹⁹

Daher stellt er sich gegen die Auffassung der Anti-Federalists, dass eine soziale Homogenität eine Kondition für die demokratische Republik sei, und ist ein Vertreter des Freihandels, wobei er Banken als monopolistische Gefahr sieht.⁴⁰⁰ So kritisiert Jefferson an Hamiltons Programm einer Nationalbank im Jahr 1791: »The only corrective of what is corrupt in our present form of government will be the augmentation of the numbers in the lower house, so as to get a more agricultural representation, which may put that interest above that of the stock-jobbers.«⁴⁰¹ Hinter den *stock-jobbers* befürchtet er *king-jobbers* in der Legislative.⁴⁰² Dieser Vorwurf wiegt rhetorisch schwer. Nicht nur sieht Jefferson hinter dem Finanzprogramm der Federalists korrekt ein ökonomisches Interesse, das den wenigen Wohlhabenden dienen wird. Darüber hinaus zapft er die Paranoia vor der Monarchie an und stellt die Federalists als Oligarchen/Plutokraten und Monarchisten (durch den Neologismus *king-jobbers*) dar. Eine Monarchie ist für Jefferson quasityrannisch eine Verwischung von öffentlichem und privatem Interesse, während seine Republik die Sache einer gemeinsamen Öffentlichkeit ist.⁴⁰³

Als Vertreter der Kleinfarmer sieht Jefferson schon in seinen *Notes on the State of Virginia* von 1787 in der Industrialisierung eine Gefahr für republikanische Institutionen, lobt die einfache Arbeit der Landwirtschaft und ist kritisch gegenüber Luxus. Dies ist

gend der gesamten Bürgerschaft und sozioökonomische Bedingungen (bei den Anti-Federalists Kleinräumigkeit, kulturelle und soziale Homogenität; bei Jefferson tugendhafte Erziehung, Frugalität, individuelle Autonomie und Autarkie). Im Eliterepublikanismus dagegen soll die Korruption durch *checks and balances* und politische Filterung qua Repräsentation verhindert werden. Zunächst ist der entscheidende Punkt bei Arendt, dass das klassische Politikbild, realisiert in einer Republik klassischen Standards, durch Korruption der Herrschenden und der Dominanz des *oikos* in der Politik zu kollabieren droht. Damit reproduziert dieser neoklassische Ansatz auch die Angst vor dem Mob, den unter anderem die Federalists pflegten.

399 Zit. Jefferson: Writings, S. 494.

400 Vgl. Ibid, S. 919f./1058-1062; Müller: Liberalismus und Demokratie, S. 136/144-149. Jefferson präsentiert eine agrarfreundliche Wirtschaftspolitik, die die Interessen der kleinen Farmer berücksichtigen soll, bei einem parallelen Abbau der Unterstützungen an die Industrie, einer Verringerung des Militäretats, der Rückzahlung von Staatsschulden und der Abschaffung der Verbrauchersteuern. Gleichzeitig will er mit dieser ökonomischen Basis die Missrepräsentation des Volkes beseitigen.

401 Zit. Jefferson: Writings, S. 972.

402 Vgl. Ibid., S. 990f.

403 Vgl. Wood: The Radicalism of the American Revolution, S. 252f.

verbunden mit einer positiven Einstellung gegenüber dem *demos* in lokalen Angelegenheiten⁴⁰⁴. Dabei ist Jeffersons Republikanismus (anders als die Versionen von Hamilton oder Madison) weniger an die Struktur des Staatswesens gebunden, sondern eher an den Charakter des Volkes. Dieses könne gemeinschaftlich handeln, indem es unabhängig, genügsam, moderat und fleißig sei – frugale, vormoderne Qualitäten. Ein Agrarstaat und ein republikanisch-plebejischer Habitus werden miteinander assoziiert.⁴⁰⁵ »Those who labor in the earth are the chosen people of God [...], whose breasts he has made his peculiar deposit for substantial and genuine virtue.«⁴⁰⁶ Gegen eine Urbanisierung, eine Luxusgesellschaft und zur Förderung der Landwirtschaft schlägt er vor, dass der Agrarsektor die bislang von weißen US-Amerikanern unbesiedelten Territorien im Westen des Landes nutzen könne. Kimberly Smith differenziert daher Jeffersons demokratischen oder republikanischen Agrarianismus vom aristokratischen Agrarianismus (etwa feudaler Art). Im Grunde passt die Sklaverei nicht zum naturrechtlichen Konzept Jeffersons, geschweige denn der Raub des Landes von den Ureinwohner*innen.⁴⁰⁷ Ungeachtet dieses konzeptuellen Widerspruchs interpretiert Michael Hardt Jefferson gar als Klassentheoretiker, da Industrialisierung und Manufakturen, anders als die Landwirtschaft, Klassengesellschaften formen würden. Eine demokratische Harmonie von sozialen Gruppen sei in einer solchen Klassengesellschaft nicht möglich, im Agrarstaat aber schon. Hardt macht aus Jefferson damit einen Protosozialisten, der für eine relative ökonomische Gleichheit einer Agrargesellschaft stünde, als soziale Basis der demokratischen Republik.⁴⁰⁸ Es ist noch anachronistischer in dieser historischen Phase von Sozialismus zu sprechen als von Liberalismus. Hardts Jefferson-Bild ist darüber hinaus sehr idealisiert, da Jeffersons Primat weiterhin die politisch-juridische Freiheit und Gleichheit – und nicht sozialistisch die sozioökonomische Gleichheit – ist, zumal Jefferson nichts gegen eine Marktwirtschaft per se einwendet. Dennoch kann man mit seinem ökonomischen Gegenentwurf zu Hamilton aus Jefferson einen egalitäreren Republikaner machen, der für die Demokratie fruchtbare Werte wie Autonomie und Autarkie forciert.

Der *Jeffersonian Republicanism* basiert auf einer teils egalitär-vormodernen, teils marktwirtschaftlichen Auslegung des Republikanismus und weist Parallelen mit Paines »modern-demokratischen« Prinzipien auf. So bemerkt Vorländer, dass ökonomische Unabhängigkeit nicht mehr nur diejenige der Aristokratie meint, sondern die aller, die auch (in irgendeiner Weise) politisch partizipieren sollen. Dadurch würden die republikanischen Ideen einer Mischverfassung und eines gemeinwohlorientierten

404 »The mobs of great cities are just so much to the support of pure government, as sores do to the strength of the human body. It is the manners and spirit of a people which preserve a republic in vigor.« (Zit. Jefferson: Writings, S. 291.)

405 Vgl. Sheridan, Eugene R.: Freiheit und Tugend. Religion und Republikanismus im Denken Thomas Jeffersons, in: Wasser, Helmut (Hg.): Thomas Jefferson. Historische Bedeutung und politische Aktualität, Paderborn et al. 1995, S. 153-172, hier: S. 157f.

406 Zit. Jefferson: Writings, S. 290.

407 Vgl. Smith, Kimberly K.: Wendell Berry and the Agrarian Tradition. A Common Grace, Lawrence 2003, S. 16-20.

408 Vgl. Hardt, Michael: Jefferson and Democracy, in: American Quarterly, 1(59/2007), S. 41-78, hier: S. 56-58.

Tugendbegriffs – zugunsten einer Vermischung von demokratisch-egalitären Idealen einer bürgerschaftlichen Partizipation mit dem Frühkapitalismus – unterminiert.⁴⁰⁹ Zum einen fußt dies auf dem wirtschaftlichen Fokus der Democratic Republicans und dem Individualismus, zum anderen auf der Abneigung gegen aristokratische Tendenzen, denen die Republicans eine neue ökonomische und politische Revolution entgegensetzen wollen, basierend auf der Idee der politisch-juridischen Gleichheit. Die wirtschaftliche Freiheit des Individuums und die gleiche politische Partizipation des *demos* sollen fusioniert werden. Jefferson besteht dennoch auf der demokratischen Tugend, die er im Freihandel gewährleistet sieht. Sein Tugendbegriff ist demokratisch an der Bürgerschaft orientiert, da der Gemeingeist der Bürger die Freiheit garantiere. Da er gerade eine Harmonie des *demos* unter frugalen Bedingungen unterstellt (und den Aspekt der *natural aristocracy* nicht sonderlich betont), geht er meist vom *demos* als Gesamtheit aus, meint mit ihm aber dann die Vielen, wenn die Wenigen, die *kingjobbers* und *monocrats*, davon abgegrenzt werden müssen. Das heißt, dass der doppelte Volksbegriff von Jefferson aufgewertet wird.

Daher legt Jefferson Wert auf eine öffentliche Erziehung, als intellektuelle und moralische Befähigung, um politisch partizipieren zu können und dem Verfall von republikanischer Tugend und öffentlicher Moral entgegenzuwirken.⁴¹⁰ Er schreibt:

»An amendment of our constitution must here come in aid of the public education. The influence over government must be shared among the people. If every individual which composes their mass participates of the ultimate authority, the government will be save; because the corrupting the whole mass will exceed any private resources of wealth: and public ones cannot be provided but by levies on the people.«⁴¹¹

Partizipatorisch wird der humanistische Gedanke der Bürgererziehung von Jefferson konkretisiert: Jede Generation müsse vor Korruption geschützt werden, indem man ihr den Geist der Revolution indoktriniere. Dadurch entstünde ein egalitärer und freiheitlicher *public spirit*. Das Volk könne die basale Autorität sein, indem es den *public spirit* realisiert. Die Erziehung wird zum Medium der moralisch-politischen Be-

409 Vgl. Vorländer: Hegemonialer Liberalismus, S. 109f.; vgl. auch Thompson, Paul B.: Thomas Jefferson's Land Ethics, in: Holowchak, M. Andrew (Hg.): Thomas Jefferson and Philosophy. Essays on the Philosophical Cast of Jefferson's Writings, Lanham et al. 2014, S. 61-78, hier: 62f./67-75.

410 Vgl. Shalhope: The Roots of Democracy, S. 161-164; Carpenter, James J.: The Ultimate Defense of Liberty. Thomas Jefferson's *Philosophy of Education*, in: Holowchak, M. Andrew (Hg.): Thomas Jefferson and Philosophy. Essays on the Philosophy of Jefferson's Writings, Lanham et al. 2014, S. 135-146, hier: S. 139f./143; Roberts: Athens on Trial, S. 191f.

411 Zit. Jefferson: Writings, S. 274f. Ähnlich formuliert es 1801 Joel Barlow: »A universal attention to the education of the youth, and a republican direction given to the elementary articles of public instruction, are among the most essential means of preserving liberty in any country [...]. The representative system must necessarily degenerate, and become an instrument of tyranny, rather than of liberty, where there is an extraordinary disparity of information between the generality of the citizens and those who aspire to be their chiefs.« (Zit. Barlow, Joel: To His Fellow Citizens of the United States. Letter II: On Certain Political Measures Proposed to Their Consideration, in: Hyneman, Charles S./Lutz, Donald S. (Hg.): American Political Writings during the Founding Era, 1760-1805, Bd. 2, Indianapolis 1983, S. 1099-1125, hier: S. 1121.)

freierung.⁴¹² Diese Kombination aus marktwirtschaftlichem Agrarstaat und inklusiven Republikanismus kann als demokratisch gelten, insofern eine freie Landwirtschaft es den Farmern ermöglichen soll, autark zu sein. Das soll ökonomische Zwänge beseitigen, sodass Bauern unabhängig und frei im Politischen partizipieren können und gleichzeitig zu selbstständig denkenden Bürgern mit gemeinsamen Bestrebungen und Werten werden.

Beide Gruppierungen kultivieren die klassische Politik rhetorisch, aber vertreten realiter Eigeninteressen – fraglich ist, ob diese den Vielen oder den Wenigen dienen. Unter Hamilton wird die Position der Federalists oligarchisch – mit einem merkantilistischen Protektionismus und einer Kongruenz von politischen und ökonomischen Eliten. Madison dagegen akzeptiert zwar den elitären Gedanken der Repräsentation, spricht sich aber gegen eine Identität von ökonomischen und politischen Eliten aus und forciert einen Staat, in dem sich die Repräsentanten nach der öffentlichen Meinung richten. Und Jefferson antizipiert eine »liberale Demokratie«, indem er einen politisch-ökonomischen Egalitarismus befürwortet, mit einer egalitären Rhetorik und einer agrarischen Marktwirtschaft.

3.3.2 Moderne Freiheit und demokratische Gleichheit

Die Position der Federalists hat sich bezüglich der Konzepte von Freiheit und Gleichheit als Basis des politischen Systems nach der Verfassungsdebatte nur graduell verändert. Weiterhin gehen sie von einem natürlichen Unterschied der Fähigkeiten und Tugendhaftigkeit der Menschen aus, was eine *natural aristocracy* legitimieren soll. Zugespitzt wird dies nun, indem eine Überschneidung zwischen ökonomischen und politischen Eliten forciert wird. Soziale Distinktionen seien notwendig und sollen ins Staatliche transferiert werden. Eine klare politische Hierarchie, in denen *gentlemen* herrschen, ist Hamiltons Ideal und wird mit der vermeintlichen Notwendigkeit zur Subordination begründet. Da man die Emanzipation von Großbritannien erreicht hat, müsse in einem sich stabilisierenden Staat kein so großer Fokus mehr auf die Freiheit zur Politik und die politische Gleichheit gelegt werden. Dies erklärt, warum die Federalists ihren Gedanken der negativen Freiheit und des gleichen Stimmrechts in einer Koexistenz mit der *natural aristocracy* und *common men* während der Ratifikationsdebatte dachten, nun aber lediglich Distinktionen und Hierarchien akzentuieren. Abgesehen davon fehlt den Federalists ein Beleg dafür, dass Distinktionen und Hierarchien notwendig und richtig für eine politische Gemeinschaft seien, da gerade die Durchsetzung ihrer eigenen ökonomischen Interessen die Begründung des antifaktiösen Gemeinwohls obsolet werden lässt. Zudem fällt den Federalists die Aufrechterhaltung der Herrschaft der *gentlemen* schwer, da der Begriff *aristocracy* – dank der egalitären Propaganda der Republicans und der Französischen Revolution – sukzessive ein pejorativer wird, der mit einem zu

412 Diese Werte sehen Republicans wie Jonathan Maxcy (im Jahr 1799) durch die Interessen der Federalists gefährdet. (Vgl. Maxcy, Jonathan: An Oration, in: Hyneman, Charles S./Lutz, Donald S. (Hg.): American Political Writing during the Founding Era, 1760-1805, Bd. 2, Indianapolis 1983, S. 1042-1054, hier: S. 1042f.)

starken Staat, hohen Steuern und der Monarchie assoziiert wird.⁴¹³ Nach Ablehnung von Monarchie und Aristokratie bleibt die Demokratie als dominanter Teil der Republik übrig, wodurch die Demokratie als republikanische Staatsform – quasi per Ausschlussverfahren – aufgewertet wird. Auch eine Republik lässt sich als konventionelle Mischverfassung kaum mehr denken, wenn Monarchie und Aristokratie etwas generell Schlechtes sind, weshalb der Republikanismus der Republicans wieder als Synonym zur *Demokratie* gelten kann. Das zeigt, dass die Trennung von *republic* und *democracy*, die *Publius* vorgenommen hat, sich nicht halten lässt. Damit fallen die Federalists hinter die Revolution, die eine universelle Gleichheit der Menschen verspricht, zurück, was es den Republicans einfacher macht, ihren Kontrahenten eine Oligarchie oder Monarchismus vorzuwerfen. Der Unterschied wird zugespitzt auf die organische Hierarchie der Federalists und den kompetitiven Individualismus der Democratic Republicans, wie Appleby zeigt.⁴¹⁴ Gleichzeitig glauben die Jeffersonian Republicans an eine Gemeinschaft aller partizipierenden Bürger, weshalb Banning sie sogar als egalitäre Kollektivist interpretiert.⁴¹⁵ Damit werden die Federalists zu Vertretern der Oligarchie in einem paternalistischen Staat, der mit den *Alien and Sedition Laws* zahlreiche Freiheitsrechte beschneiden kann. Im Kontext der Furcht vor der Französischen Revolution sieht der *Act* Ausländer als Gefahr und verbietet vermeintlich falsche, skandalöse und bösertige Publikationen – alles, was gegen die Regierung gerichtet ist. Jefferson nennt dies die Herrschaft des Terrors der Federalists.⁴¹⁶

Auch wirft Jefferson 1798 in seiner Kritik an der Einschränkung bürgerlicher Freiheitsrechte durch die *Alien and Sedition Laws* den Federalists vor, sie hätten die Popularität von Washington missbraucht, um die Regierung antirepublikanisch (lies: despotisch) zu gestalten. Dem stellt Jefferson »seine« *Declaration* entgegen, als Basis der politischen Gleichheit. Dieses republikanische Freiheits- und Gleichheitspathos sei nicht tot, aber werde unterminiert. Daher sei diese Rechtseinschränkung verfassungswidrig und freiheitsschädlich.⁴¹⁷ »The Anglomen and monocrats had so artfully confounded the cause of France with that of freedom, that both went down in the same scale.«⁴¹⁸ So zeigt sich, dass Jefferson sich in der revolutionäre Tradition verortet. Damit sind einerseits eine antimonarchische und anglophobe Emanzipation, andererseits negative Schutzrechte und vage republikanische Partizipationsrechte gemeint. Die Federalists dagegen würden die Freiheit abschaffen wollen, etwa durch ihre Assoziation der Republicans mit dem jakobinischen Terror.

413 Vgl. Wood: *Empire of Liberty*, S. 105-110/168.

414 Vgl. Appleby, Joyce: *Republicanism in Old and New Contexts*, in: *The William and Mary Quarterly*, 1(43/1986), S. 20-34.

415 Vgl. Banning: *Jeffersonian Ideology Revisited*, S. 16-18.

416 Vgl. Ellis: *American Political Cultures*, S. 153f.; Miller, Douglas T.: *Thomas Jefferson and the Creation of America*, New York 1997, S. 64-66; O'Neil, Robert M.: *Thomas Jefferson und die Pressefreiheit*, in: Wasser, Hartmut (Hg.): *Thomas Jefferson. Historische Bedeutung und politische Aktualität*, Paderborn et al. 1995, S. 202-216, hier: S. 204-206.

417 Vgl. Jefferson: *Writings*, S. 1049/1062f.; Mayer: *The Constitutional Thought of Thomas Jefferson*, S. 166f./202-209.

418 Zit. Jefferson: *Writings*, S. 1063.

Die Republicans übernehmen bezüglich der *Alien and Sedition Laws* einige Elemente der Anti-Federalists, indem sie den Mangel an *checks and balances* und die Einschränkung verbriefter Rechte kritisieren.⁴¹⁹ Vor allem aufgrund ihres Fokus' auf die politische und rechtliche Gleichheit und Partizipation sowie ihrer Aufwertung der demokratischen Republik sind sie in der Debatte strategisch überlegen. Denn *erstens* sind sie rhetorisch erfolgreicher als die Federalists, indem sie die von den Gegnern nicht weiter behandelten – und durch die Gesetzgebung gar minimierten – Elementarwerte der politisch-juridischen Freiheiten und Gleichheiten betonen. *Zweitens* können sie das etablierte System teilweise (wie Paine) als »repräsentative Demokratie« begreifen und somit diese – unter Reaktivierung der Revolutionsrhetorik – als normativ besser interpretieren. Damit sieht Jefferson einerseits die Gefahr einer demokratischen *mob rule* durch die Repräsentation hinfällig werden. Andererseits will er dem Volk eine lokale direkte Demokratie, private Freiheit und ein Widerstandsrecht zugestehen. Das bedeutet aber weder einen Primat des demokratischen Egalitarismus gegenüber der individuellen Freiheit noch eine demokratische Partizipation auf jeder staatlichen Ebene.⁴²⁰

Insgesamt intendiert Jefferson eine Gesellschaft von Freien und Gleichen ohne politische Klassen. Die wirtschaftliche Freiheit als Basis der bürgerlichen Selbstständigkeit qua Eigentumserwerb ist der materielle Garant, wodurch der ökonomische Freiheitsansatz in einen demokratischen Republikanismus eingebettet werden soll. Damit konkurrieren das Konzept eines elitären Industrie- und Finanzkapitalismus der Federalists mit dem idealiter egalitären, aber marktwirtschaftlich organisierten Agrarrepublikanismus der Jeffersonian Republicans.⁴²¹ Dabei betont Jefferson die als natürlich postulierten Rechte aller Bürger und tritt als Vertreter des Agrarsektors und der *common men* auf, behält somit die Dichotomie der Verfassungsdebatte von *common men* und *natural aristocracy* bei. Jefferson selbst, anders als zahlreiche Angehörige der Republicans, ist dabei kein Gegner des staatstragenden Prinzips der *natural aristocracy* per se. Der Freiheitsbegriff wird bei Jefferson emanzipatorisch, jedoch ohne den politischen Elitarismus generell zu hinterfragen (siehe hierzu Abschnitt 3.3.3). Der autarke und freie Mann sei zum *self-government*, einem zeitgenössischen Synonym für *Demokratie*, aber fähig. Das sei vor allem durch die damals unüberschaubaren Ressourcen großer unerschlossener Territorien möglich. Damit zieht Jefferson 1787 eine klare Verbindung zwischen einer dauerhaften gemeinschaftlichen Selbstregierung der Bürgerschaft und einer agrarischen Ökonomie.⁴²² Diese spezifischen Strukturen zeigen ihre Unterschiede zu den Federalists vor allem in den politischen Implikationen: etwa eines *limited government*, einer Harmonie aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, mit einer politisch und wirtschaftlich gleichberechtigten und zur Regierung durch Besitz in einem *frugal government*

419 Vgl. Cornell: *The Other Founders*, S. 232–247.

420 Vgl. Jefferson: *Writings*, S. 943–946; Rahe: *Republics*, S. 718–720.

421 So akzeptiert Jefferson in seiner *First Inaugural Address* den konstitutionellen Kompromiss und betont die weitgehend identischen Prinzipien beider Parteiungen, wie *peace, liberty, prosperity* und *safety*. »We have called named brethren of the same principle. We are all Republicans – we are all Federalists.« (zit. Jefferson: *Writings*, S. 494) Der Konflikt der daraus folgenden politischen Implikationen ist daher der ausschlaggebende Punkt, der zum endgültigen normativ-semantischen Durchbruch der Demokratie führt.

422 Vgl. *Ibid.*, S. 916f.

fähigen Bürgerschaft. Während Hamilton durch sein Konzept einer Zentralbank für einen merkantil-industriellen und starken Staat steht, der eine Elitenherrschaft sowie eine ökonomische und politische Spaltung konzipiert, sind die Democratic Republicans mit ihrem Credo, dass alle wirtschaftlich *free and independent men* politisch gleich partizipieren können sollen, strategisch im Vorteil, da sie sowohl teilweise den neuen ökonomischen Geist als auch das republikanisch-revolutionäre Gleichheitsverständnis für sich beanspruchen und rhetorisch demokratisieren können. Und die Verbindungslinie aus Autarkie und Autonomie wirkt plausibler als die Exklusion des Volkes, da das Narrativ einer tugendhaften, antifaktiösen Elite nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. Jeffersons Freiheitsverständnis hat daher einen emanzipatorischen und egalitären Gehalt als Befreiung von sozialer Autorität und staatlichem Paternalismus. Damit stellen für ihn politische Freiheit und Gleichheit das absolute Gegenteil des hierarchischen und limitierten Freiheitsverständnisses von Hamilton dar.⁴²³ Nicht nur, dass die Selbstregierung ein Naturrecht sei, sondern das republikanische Prinzip, das als demokratisch dargestellt wird, definiert sich durch gleiche Rechte der Individuen und der Regel des Mehrheitsentscheids. Sein politischer Egalitarismus ist demokratisch und individualistisch, insofern jeder das Recht zur Selbstregierung habe und Jefferson an eine friedliche Deliberation glaubt, die die Stimmen der Bürgerschaft vereine.⁴²⁴ Dabei nutzt Jefferson das Pathos der Revolution und bezieht seine frühere Kritik an Großbritannien auf das als britisch suggerierte System der Federalists. Damit wird seine Haltung als demokratisch legitimiert, da er aufseiten der Mehrheit stehe:

»In place of that noble love of liberty, & republican government which carried us triumphantly thro' the war, and Anglican monarchical, & aristocratical party has sprung up, whose avowed object is to draw over us the substance, as they have already done the forms, of the British government. The main body of our citizens, however, remain true to their republican principles; the whole landed interest is republican, and so is a great mass of talents. [...] I name to you the apostates who have gone over to these heresies, men who were Samsons in the field & Solomons in the council, but who have had their heads shorn by the harlot England. In short, we are likely to preserve the liberty we have obtained only by unremitting labors & perils.«⁴²⁵

423 Vgl. auch Vorländer: Hegemonialer Liberalismus, S. 71-73/81-90; Pole: The Pursuit of Equality in American History, S. 119-123.

424 Vgl. Jefferson: Writings, S. 190-210; Helo: Jefferson's conception of republican government, S. 37-40. Ähnlich wie Jefferson argumentiert Paine in seinem Buch *Rights of Men*, indem er die Geburt als Mensch mit den gleichen Menschenrechten gleichsetzt und dadurch jede politische Hierarchie negiert. Auch aus seinem radikalen politischen Egalitarismus folgt Anfang der 1790er aber keine Forderung nach sozialer Gleichheit, was sich erst mit der *Agrarian Justice* ändert, in der Paine einen Agrarstaat und Umverteilungsmechanismen vorsieht und damit Jeffersons agrarrepublikanische Forderungen übertrifft. (Vgl. Paine: The Political Works, S. 238-342; Lamb, Robert: Liberty, Equality, and the Boundaries of Ownership: Thomas Paine's Theory of Property Rights, in: The Review of Politics, 3(72/2010), S. 483-511, hier: S. 486-511; Penniman, Howard: Thomas Paine – Democrat, in: The American Political Science Review, 2(37/1943), S. 244-262, hier: S. 255-257/261f.)

425 Zit. Jefferson: Writings, S. 1036f.

Individualistischer und nicht explizit republikanisch, da jede Art von Kommunitarismus oder kollektiver Freiheit und Gleichheit bei ihm fehlen, ist Madison, der 1792 unter Eigentum (wie Locke) den Besitz und das Recht auf freie Meinung und Kommunikation sieht. »That is not a just government, nor is property secure under it, where the property which a man has in his personal safety and personal liberty, is violated by arbitrary seizures of one class of citizens for the service of the rest.«⁴²⁶ Also müssten die USA das gleiche Recht auf diese Freiheiten achten. Konkretisiert werden von Madison vor allem Schutzrechte.⁴²⁷ Es geht um die persönliche Freiheit, nicht um die politische Freiheit und Gleichheit. Dadurch ist sein Freiheitsverständnis emanzipatorischer und progressiver als das der Federalists der 1790er, aber nicht demokratisch.

Die starke Polemik und hortatorische Rhetorik der Democratic Republicans gegen die Federalists zeigt sich aber, wie Wood untersucht hat, besonders bei Abraham Bishop. Dieser bringt primär persönliche Tiraden und Deklassierungen hervor. Die hyperbolische Kritik erweist sich als wirksam. Bishop nennt die aristokratische Idee der Federalist monströs und wirft ihnen vor, dass sie den *Congress* monarchisch mit einer Thronrede vor Adligen eröffnen wollten. Ihr Prinzip der Distinktion von Bürgern und Repräsentanten sei hierarchisch und monarchisch, kurz: Die Federalists würden das amerikanische System britifizieren wollen. Das führe zu einer Demütigung der *ordinary people* durch die Reichen und Mächtigen. Bishop wird sogar klassenkämpferisch, wenn er eine politische Exklusion der Arbeiter und Bauern kritisiert und meint, dies entspreche dem führenden Geschichtsweg der Sklaverei und Unfreiheit. Frühsozialistisch moniert er, dass Eliten überall die Geschicke über Krieg und Frieden entscheiden und sich dafür einfache Männer gegenseitig bekämpfen müssten. Damit fordert er eine politische Ermächtigung der Arbeiter und Bauern (im Sinne des demokratischen Gleichheitsbegriffs) und ökonomische Sicherheit.⁴²⁸

Die Kombination aus individualistischem Agrarsystem und klassisch-demokratischem Republikanismus schafft einen strategischen Vorteil, den die Anti-Federalists nie hatten: Die Democratic Republicans haben eine einheitliche Sprache, die bezüglich ihrer Prinzipien, ihrer Verknüpfung von ökonomischer Freiheit und revolutionärer Gleichheit und ihres Stils die urbanen Radikalen und die Farmer der Südstaaten erreicht – eine breite Schicht, die glaubt, durch die Politik der Federalists abgehängt und exkludiert zu werden. Dem haben die Federalists ideologisch wenig entgegenzusetzen, außer dem Vorwurf der Unvernunft im politischen Tagesgeschäft.⁴²⁹ Durch das Bild des moralischen Farmers, kann das Ideal der egalitären Selbstregierung mit dem Schutz von Besitzrechten durch eine tugendhafte Elite kombiniert werden.⁴³⁰ Der Vorteil einer Mischung aus frühliberalen und demokratisch-republikanischen Grundsätzen mag strategisch sein. Dennoch steht Jeffersons theoretische Stringenz (und damit die Frage

426 Zit. Madison: Writings, S. 516.

427 Vgl. Ibid., S. 515-517; Read: »Our Complicated System«, S. 454-464.

428 Vgl. Bishop, Abraham: Connecticut Republicanism. An Oration to the Extend and Power of Political Delusion, Albany 1801, S. 5-8/28-35/40/46f./61f.; Wood: The Radicalism of the American Revolution, S. 271-285.

429 Vgl. Shalhope: The Roots of Democracy, S. 154-158/165.

430 Vgl. Pole: Political Representation in England and the Origins of the American Republic, S. 301-303.

nach dem Grad und der Einbettung demokratischer Prinzipien) folglich infrage. Seine Freiheitsphilosophie ist weder systematisch noch sonderlich konsistent, sondern zeichnet sich durch eine eklektische Kombination klassischer und moderner Prinzipien aus. Dadurch bleibt die Freiheitstheorie Jeffersons aber (bis auf Schlagworte wie Autarkie, Schutzrechte und Autonomie, die man individualistisch oder kollektiv interpretieren kann) vage.⁴³¹ Anders liegt dies bei Madison, der stets die negative Freiheit des Individuums gegenüber der positiven Freiheit – sowohl eines demokratischen Kollektivs als auch eines zentralistischen Machtstaates – vorzieht.⁴³² Jefferson legt den Fokus auf beides: negative Individualrechte und positive Partizipationsrechte. Das ergibt eine Mischung aus demokratischem Republikanismus und egalitärem Agrarliberalismus.⁴³³

3.3.3 Volkssouveränität und Repräsentation

Die politische Ordnung der Federalists differenziert also die Gesellschaft hierarchisch und postuliert eine Elite, von der die Bevölkerung abhängt. Dies sollte als Stabilitätsfaktor von Sicherheit in einer sich rapide ändernden Welt fungieren. Dazu wird die Gesellschaft etwa von George Cabot oikial als *well regulated family* interpretiert, die organisch funktioniere und jedem einen fixen Platz zuordne, wobei die Besseren herrschen würden. Die Vielen dagegen hätten die Aufgabe, »to submit to the subordination necessary in the free'est state.«⁴³⁴ Denn die Vielen würden nicht denken, konträr zu den

431 Etwa bezeichnet Leonard W. Levy Jefferson als »philosopher of freedom without a philosophy of freedom.« (Zit. Levy, Leonard W.: *Jefferson & Civil Liberties. The Darker Side*, Cambridge 1963, S. 172.)

432 Erstaunlich ist, dass der von Jefferson als republikanisch (Anfang des 19. Jahrhunderts auch als demokratisch) und von Paine in den 1790ern als demokratisch beschriebene radikale Gleichheitsbegriff als unveräußerliches Recht meist nicht auf Frauen oder Sklaven angewendet wird. Dieser Widerspruch wird schon manchen Zeitgenossen offenbar. So kritisiert William Cobbett 1795 sarkastisch die Doppelmoral der südlichen Democratic Republicans. Bezüglich des hypokritischen Widerspruchs von einer als demokratisch gekennzeichneten Freiheit und der sozialen Unterdrückung sowie Ungleichheit durch Industrie, Großgrundbesitz und Sklavenhalterschaft schreibt er: »After having spent the day in singing hymns to the Goddess of Liberty, the virtuous Democrat gets home to his peaceful dwelling, and sleeps with his *property* secure beneath his roof, yea, sometimes in his very *arms*; and when his *industry* has enhanced its value, it bears to a new owner the proofs of his Democratic Delicacy!« (Zit. Cobbett, William: *Peter Porcupine in America: Pamphlets on Republicanism and Revolution*, hg. von Wilson, David A., Ithaca 1994, S. 108.) Prinzipiell mag weiterhin der Ausschluss von Frauen und anderen Ethnien undemokratisch sein. Dennoch bietet das Naturrecht theoretisch eine Basis für das Gleichheitsgebot der Demokratie. Auch ist sich Jefferson, der selbst ein Sklavenhalter war, des Problems der Sklaverei bewusst, nennt sie eine Sünde, aber begreift die politische Freiheit und Gleichheit als moralisches und ökonomisches Problem. Damit befreite Sklaven autonom sein könnten, brauche es künftig ökonomische Umverteilungen, etwa, dass der Herr dem früheren Sklaven Land abgibt. (Vgl. Appleby: *The Intellectual Underpinnings of Democracy*, S. 22f.; Wood: *Empire of Liberty*, S. 255-260; Morgan: *The Challenge of the American Revolution*, S. 216-218; Arendt: *Über die Revolution*, S. 98).

433 Vgl. Erkkilä, Betsy: *Radical Jefferson*, in: *American Quarterly*, 2(59/2007), S. 277-289, hier: S. 278-281.

434 Cabot, George, zit. in: Fischer, David H.: *The Revolution of American Conservatism. The Federalist Party in the Era of Jeffersonian Democracy*, New York 1965, S. 5.

gewählten Amtsinhabern. Daher fürchten die Federalists die politische Partizipation der normalen Bürger und alles, was damit für sie verbunden ist (Lokalismus, Faktionalismus etc.).⁴³⁵ Diese fortgesetzte Betonung der Distinktion von Volk und Repräsentanten soll vor einem Einfluss des Jakobinismus schützen. Denn dieser oder Aufstände (wie *Shays' Rebellion* oder die *Whiskey Rebellion*) symbolisieren für die Federalists den Weg zur Guillotine, interpretiert als blutige *mob rule*. Sie fürchten eine plebejische Revolution. Die Democratic Republicans werden von vielen Federalists als *Jacobins* bezeichnet. So wird der Zusammenhang aus jakobinischem Terror und dem Kampf um Partizipationsrechte betont.⁴³⁶ Das vermeintlich skrupellose Bestreben der Republicans, auf Unterstützung durch den *demos* zu bauen, zeige einen mangelnden politischen Kompass, da sie die traditionell-hierarchischen Standards infrage stellen. Denn eine kommerzielle Gesellschaft mit pekuniären Bedürfnissen müsse von einer *natural aristocracy* gelenkt werden.⁴³⁷ Raum für bürgerschaftliche Partizipation bleibt kaum, zumal die Wahl von Repräsentanten korrekt als nichtdemokratisch klassifiziert wird. So favorisieren die Federalists eine repressive Gesetzgebung, da Patriotismus Konformismus bedeute.⁴³⁸ Etwa differenziert auch Noah Webster zwischen dem US-System und einer Demokratie folgerichtig:

»By democracy is intended a government where the legislative powers are exercised by all the citizens, as formerly in Athens and Rome. In our country, this power is not in the hands of the people but of their representatives. [...] Hence a material distinction between our form of government and those of the ancient democracies. Our form of government has acquired the appellation of a *Republic*, by way of distinction, or rather of a *representative Republic*.«⁴³⁹

So dämonisieren die Federalists für ihre Repräsentation weiterhin den Begriff *democracy*, aber nun auch denjenigen der römischen Republik, wodurch ihre oligarchische Tendenz noch deutlicher wird. Damit entsteht aber ein semantischer Konnex aus *democ-*

435 Vgl. Appleby: *The Intellectual Underpinnings of American Democracy*, S. 21f.

436 Vgl. Boyer et al.: *The Enduring Vision*, S. 210f.; Wood: *Empire of Liberty*, S. 174-179/241-244; Banning: *Jeffersonian Ideology and the French Revolution*, S. 9f./13-15.

437 Vgl. Shalhope: *The Roots of Democracy*, S. 150-153; Federici: *The Political Philosophy of Alexander Hamilton*, S. 218-223. Als vermeintlich rationales Modell der Federalists arbeitet Nathanael Emmons das aristokratische Element von Wahlen und Repräsentation heraus, das den Bürger zum gehorsamen Empfänger macht: »Those, who choose their civil magistrates, do voluntarily pledge their obedience, whether they take the oath of allegiance or not. By putting power into the hands of their rulers, they put it out of their own; by choosing and authorizing them to govern, they practically declare, that they are willing to be governed; and by declaring their willingness to be governed, they equally declare their intention and readiness to obey.« (Zit. Emmons, Nathanael: *A Discourse Delivered on the National Fast*, in: Hyneman, Charles S./Lutz, Donald S. (Hg.): *American Political Writing during the Founding Era, 1760-1805*, Bd. 2, Indianapolis 1983, S. 1023-1041, hier: S. 1027.)

438 Vgl. Anderson: *Creating the Constitution*, S. 202-205.

439 Zit. Webster, Noah: *The Letters of Noah Webster*, hg. von Warfel, Henry, New York 1953, S. 207f. [Hervorhebungen stammen aus dem Original, P. D.].

racy, republic, revolution und Jacobinism, was Jefferson teils mit den revolutionären *Spirit of 1776* kontern kann.⁴⁴⁰

Eine ausgleichende Haltung in der Frage der Repräsentation aufseiten der Federalists hat Wilson. 1790 lobt er die *US-Constitution* aufgrund der gerechten, nichtbritischen (nichtvirtuellen) Repräsentation. Während in England nur das *House of Commons* das Volk repräsentiere, unterlägen in den USA alle Teile des Regierungssystems direkt oder indirekt dem Wahlakt. »The right of representing is conferred by the act of electing.«⁴⁴¹ Wenige moderate Federalists betonten somit die, während der Debatten der 1780er unterstrichene Verbindung von Volkssouveränität und Repräsentation. Ob man die Wahl als Autorisierungsakt interpretiert (wie Adams) oder als Bürgertugend/-pflicht der Wahl für eine »wahre« Repräsentation (wie Wilson), ist nur sekundär relevant. Denn Wilson nutzt eine demokratischere Sprache als andere Federalists, aber die Partizipation bleibt auf die Elitenwahl reduziert.⁴⁴²

Dagegen ist es in den 1790ern das Credo von Republicans wie Paine, die Autorität infrage zu stellen, wo Madison diese kontrollieren will. Ersterer steht daher für die progressiven und Letzterer für die moderaten Kräfte der Republicans, wohingegen die Federalists die politisch-ökonomische Autorität unterstützen wollen. Die Federalists haben dadurch einen hierarchischen Bias, während Paine einen egalitären und Madison einen individualistischen hat.⁴⁴³ Nach *Rights of Man* treten auch andere Pamphletisten in die Öffentlichkeit und verwenden den Begriff *representative democracy* für das System, das die Federalists noch als antidemokratische *representative republic* angelegt hatten. Zwar konstatiert Barlow einen Bruch zwischen der klassischen und der »repräsentativen Demokratie«, gebraucht aber für beide denselben Terminus; die politisch maßgebende Einheit sei bei beiden das Volk. Und er gibt der Repräsentation den Vorzug. Denn er wiederholt das Argument, Repräsentation sei adäquater für einen großen Staat. Indem er dieses Argument anführt, wertet er den Demokratiebegriff nicht ab. Jedoch spricht er nicht vom Partizipationsverlust. Er schreibt:

»Democracy had been disgraced by the pretended experience of some of the states of Greece or Rome. It has been concluded, and very justly, that pure democracy, or the immediate autocracy of the people, is unfit for a great state [...]. But representative democracy is applicable to a state any size, and under any circumstances where men have to use their reason.«⁴⁴⁴

440 Vgl. auch Hanson: »Commons« and »Commonwealth« at the American Founding, S. 185-187; Sharp: American Politics in the Early Republic, S. 98; Israel: The Enlightenment That Failed, S. 678-782. Das extrainstitutionelle Element der Sozietäten wird von Hamilton und Washington als subversiv und systemkritisch eingeordnet.

441 Zit. Wilson, James: The Works of James Wilson, Bd. 1, hg. von Hall, Mark D./Hall, Kermit L., Cambridge 1967, S. 364.

442 Vgl. Ibid., S. 311-317; Nelson, Eric: Prerogative, popular sovereignty, and the American founding, in: Bourke, Richard/Skinner, Quentin (Hg.): Popular Sovereignty in Historical Perspective, Cambridge 2016, S. 187-211, hier: S. 210f.

443 Vgl. Ellis: American Political Culture, S. 78f.

444 Zit. Barlow: To His Fellow Citizens of the United States, S. 1106.

Auch Paine spricht sich für das Mehrheitswahlrecht als demokratisch aus, gegen die elitäre Macht von Minderheiten. Trotz seines egalitären Progressivismus assoziiert er aber, wie Barlow, die Macht der Mehrheit mit dem repräsentativen System. Hierbei wird abermals deutlich, inwiefern Paine *Demokratie* (als Macht der Mehrheit) und *Repräsentation* fusionieren will. »[S]uch is the nature of representative government, that it quietly decides all matters by majority.«⁴⁴⁵ Jedoch betont er den Unterschied zwischen ererbten Sitzen im britischen *House of Lords* und Repräsentanten, die dem Volk gegenüber verantwortlich seien. »Because a body of men, holding themselves accountable to nobody, ought to be trusted by nobody.«⁴⁴⁶ Paines Kritik umfasst nicht nur die feudale oder virtuelle, sondern auch die distinktive Repräsentation der Federalists.⁴⁴⁷ Unklar ist aber, wie die Legislative der »repräsentativen Demokratie« *accountable* wird. Reichen regelmäßige Wahlen aus?

Gegen die autoritären Akte der Federalists bilden sich ab 1792 republikanische und demokratische Gesellschaften. Sie wollen die Mitbestimmung der Bürger garantieren, was Keane als neuen demokratischen Geist titulierte.⁴⁴⁸ Albrecht Koschnik meint, die Democratic Republican Societies, »established a framework for debate and communication among republican citizens irrespective of wealth and status.«⁴⁴⁹ Darüber hinaus läuten die Sozietäten, die sich vor allem an der Ostküste gründen, semantisch einen Siegeszug der *Demokratie* ein, indem sie abermals die Begriffe *republic* und *democracy* explizit synonymisieren, auch indem neben die Repräsentation der für eine Demokratie relevante Faktor einer starken Öffentlichkeit tritt. Das führt dazu, dass sie das US-System weder als ausreichend republikanisch noch demokratisch anerkennen. Die Clubs assoziieren die Macht der Mehrheit mit dem Gemeinwohl, wobei die Repräsentation (da Minderheitenherrschaft) gegen das demokratische Mehrheitsprinzip laufen würde. Jedoch ist es ihnen nicht möglich, den Widerspruch aus aristokratischer Repräsentation und demokratischer Partizipation aufzulösen. Aber sie machen explizit, dass der Wahlakt unzureichend ist, um von Volkssouveränität zu sprechen. Wenn man die Repräsentation nicht abschaffen kann, müsse man sie um demokratische Elemente anreichern.⁴⁵⁰ Besonders die Phase der 1790er zeigt, dass die Demokratie begrifflich schon positiv gebraucht wird, indem die Forderung wächst, die Repräsentation solle (wieder eher mimetisch gedacht) um demokratische Sozietäten, politische Partizipation und zivile Ungehorsam ergänzt werden. Auch Jefferson verwendet das Prinzip der Volkssouveränität, wobei sein Verständnis der politischen Teilhabe in der Republik über den bloßen Wahlakt hinausgeht. Beispielsweise schreibt er 1793:

445 Zit. Paine: *Political Works*, S. 372/381.

446 Zit. *Ibid.*, S. 277.

447 Vgl. Penniman: *Thomas Paine – Democrat*, S. 252–260.

448 Keane zufolge ist die endgültige Zäsur für einen demokratischen Geist die Wahl Jeffersons, als erster parteilicher Machtwechsel. (Vgl. Keane: *The Life and Death of Democracy*, S. 284–290.)

449 Zit. Koschnik: *The Democratic Societies of Philadelphia and the Limits of American Public Sphere*, circa 1793–1795, S. 621.

450 Vgl. *Ibid.*, S. 615–628/632–636; Sharp: *American Politics in the Early Republic*, S. 84–89/98–105; Boyer at al.: *The Enduring Vision*, S. 211–215.

»I consider the people who constitute a society or nation as the source of all authority in that nation, as free to transact their common concerns by any agents they think proper, to change these agents individually, of the organization of them in form of function whenever they please: that all the acts done by those agents under the authority of the nation are the acts of the nation, are obligatory on them, & ensure to their use, & can in no wise be annulled or affected by any change in the form of the government, or of the persons administering it.«⁴⁵¹

Damit kommuniziert Jefferson optimistisch den Glauben an die Rationalität des *demos*'. Daraus folgert er konkrete Forderungen, etwa das allgemeine, gleiche Wahlrecht. Und die *demoi* seien die lokale Basis für Entscheidungen. Die Bürger könnten den Abgeordneten widersprechen und diese kontrollieren. Das Prinzip der Rechenschaftspflicht von Berufspolitikern wird über die Wahl hinaus durch eine öffentliche Sphäre gestärkt.⁴⁵²

Daraus leitet Jefferson das Widerstandsrecht ab. Anders als die Federalists will er die Möglichkeit der Revolution in das politische System integrieren, als emanzipatorischen Partizipationsakt, was als demokratieförderlich (obgleich widersprüchlich) gelten kann.

»The people cannot be all, & always, well informed. The part which is wrong will be discontented in proportion to the importance of the facts they misconceive. If they remain quiet under such misconceptions it is a lethargy, the forerunner of death to the public liberty. [...] [W]hat country can preserve its liberties if their rulers are not warned from time to time that their people preserve the spirit to resistance? Let them take arms.«⁴⁵³

Damit übernimmt er den begrifflichen Konnex der Federalists aus *Demokratie* und *Revolution* und deutet ihn positiv um, indem die Revolution als Bürgerrecht glorifiziert wird, als Zuspitzung der Kontrolle der Regierung durch das Volk, untermauert durch die Angst der Regierenden vor dem Volk als Mittel des Gehorsams des Berufspolitikers.⁴⁵⁴ Der autarke Bürger wird in einem demokratischen Duktus für mündig erklärt, um seine Interessen selbst zu verfolgen – im Zweifel gegen den Staat. Gerade den zivilen Ungehorsam des Bürgers stilisiert Hardt als demokratischen Moment Jeffersons, wenn es nicht aus der Perspektive staatlicher Souveränität, sondern derjenigen der Freiheit und bürgerlichen Autonomie betrachtet wird.⁴⁵⁵ Trotz ihrer Überstilisierung spricht für diese Interpretation die Spannung von parlamentarischer Souveränität und bürgerlicher Autonomie, wobei Jefferson – dies wird plausibilisiert durch seine Idee

451 Zit. Jefferson: Writings, S. 422f.

452 Vgl. Mayer: The Constitutional Thought of Thomas Jefferson, S. 101-107; Koch, Adrienne: The Philosophy of Thomas Jefferson, Gloucester 1957, S. 150f.

453 Zit. Jefferson: Writings, S. 911.

454 Etwa schreibt Paine: »Government, on the old system, is an assumption of power, for the aggrandizement of itself; on the new, a delegation of power for the common benefit of society.« (Zit. Paine: Political Works, S. 355.) Verbunden mit dem, was in Abschnitt 3.1. zu Paines Theorie der Repräsentation gesagt wurde, zeigt sich nicht nur, dass er die *representative republic* (1776) mit der *representative democracy* (1792) gleichsetzt, sondern diese als partizipatorisches und das Gemeinwohl fördernde und innovative Gegenmodell zu alten Regimen interpretiert.

455 Vgl. Hardt: Jefferson and Democracy, S. 62-73.

des *limited government* – die Seite der bürgerlichen Autonomie (individuell und kollektiv) und Freiheit (negativ und positiv) präferiert. Gleichzeitig ist ein anarchischer Zug dieser Revolutionstheorie nicht von der Hand zu weisen. Gerade dies – sich möglichst nicht beherrschen zu lassen und keine Autorität über der Bürgerschaft zu akzeptieren – entspricht der klassisch-demokratischen Nichtbeherrschung.

Aus dem Geist der bürgerlichen Autonomie folgert Jefferson 1789, dass keine Generation das Recht habe, eine andere zu binden, da die Erde für die Lebenden da sei. Es sei ein Naturrecht, dass niemand aus einer Generation eine Pflicht auf die Folgegeneration übertragen dürfe.⁴⁵⁶ Diese individualrechtliche Aussage transferiert er auf das politische Kollektiv: »Each successive generation would, in this way, come on and go off the stage at a fixed moment, as individuals do now. Then I say the earth belongs to each of these generations during its course, fully, and in their own right.«⁴⁵⁷ Konstituiert eine Generation ein Gemeinwesen, müsse es das kontraktualistische Recht der Nachgeborenen sein, eine neue Verfassung zu verabschieden. Jefferson setzt 19 Jahre pro Generation und Option der Verfassungsrevision. Die Macht des *demos* bezieht sich also auch auf die konstituierende Macht.⁴⁵⁸

Bezüglich des Rechts auf eine neue Verfassung für jede Generation ergeben sich aber konzeptuelle Spannungen. So steht dies zwar unter dem Stern einer umfassenden Macht des *demos*, was die konstituierende und konstituierte Macht betrifft. Damit ist dies das größtmögliche Maß an politischer Freiheit und Gleichheit (und an Demokratie). Andererseits ist es kein Automatismus, dass dieser hohe Grad an Partizipation als politische Legitimation zum Frieden der Gesellschaft, zur Konsolidierung des Staates oder zum Erhalt demokratischer Normen beiträgt. Verschiedene politische Normen stehen dann alle paar Jahre zur Disposition, und der *US-Constitution* würde ihr sakrales Element genommen werden. Hier treten die Legitimation durch rationale und rechtssichernde Entscheide und diejenige durch eine regelmäßige neue demokratische Verfassungsgebung wieder in Konflikt. Jefferson betont die genuin demokratische Legitimation der Selbstbestimmung. Jedoch sind Fälle denkbar, in denen eine neue Verfassung entweder den Grad an politischer Partizipation der Bürgerschaft reduziert oder abschafft, wenn hypothetisch jeder Verfassungswert immer wieder zur Disposition steht.⁴⁵⁹

456 Vgl. Jefferson: Writings., S. 959-961.

457 Zit. Ibid., S. 960.

458 Vgl. Himmelfarb: The Roads to Modernity, S. 195-198; Fruchtman: The Political Philosophy of Thomas Paine, S. 77-81.

459 Um zu sichern, dass jede Generation sich politisch neu definieren kann, ergeben sich (teilt man die Prämissen von Jefferson) noch zwei Alternativen: Entweder müssen Rechte und Freiheiten, die für die Demokratie konstitutiv sind, vorab (quasiautoritär für die neue Generation) als unantastbar und vorkonstitutionell gelten. Dies bedeute die Einschränkung oder Relativierung der Forderung, dass jede Generation sich ein Gemeinwesen nach ihrem Willen formen kann, da der Volkswille innerhalb grundrechtlich gesicherter Bahnen verlaufen müsse und nicht alles zur Disposition stehen würde. Das wäre eine Begrenzung demokratischer Verfassungsgebung. Die zweite Alternative wäre: Man gibt nicht jeder Generation das Recht auf eine neue Verfassung, aber auf weitere, vom *demos* selbst verabschiedete *amendments* oder man praktiziert überkommene Regeln nicht mehr. Diese Alternative wäre die athenisch-demokratische Variante, wenn Gesetze, die korumpiert oder missbraucht wurden, aber Tradition haben, zwar weiterhin bestehen, aber nicht mehr in der *ek-*

Anders als viele Democratic Republicans nennt Jefferson dies nicht *democracy*, denn sein semantischer Fokus liegt auf der direkten Herrschaft, nicht auf dem Terminus *democracy*, um die Assoziation von *Demokratie* und *Ochlokratie* zu meiden. Dennoch referiert er ein demokratisches Prinzip und spitzt dies durch sein Revolutionspathos zu.⁴⁶⁰ Heide Gerstenberger interpretiert Jeffersons Politik daher als demokratisch und sieht ihn als plebiszitären Charismatiker mit Volksethos.⁴⁶¹ Jeffersons Konzept der Volkssouveränität manifestiert sich auf nationaler Ebene reduziert – als Kontrollinstrument und Widerstandsrecht, statt als aktive Selbstgesetzgebung. Der Repräsentant soll, bei einer Handlung wider den Volkswillen, abgesetzt werden können, aber ihm wird kein Beschluss durch das Volk diktiert. Demonstrativer zeigt Jefferson eine demokratischere Gesinnung im Misstrauen gegenüber Eliten, wenn er sich für die Macht der Majorität ausspricht.⁴⁶² Dabei dreht er das Argument seiner Gegner (die Tyrannei der Mehrheit) um und tituliert die Repräsentanten als Despoten: »One hundred and seventy-three despots would surely be as oppressive as one. [...] An elective despotism is not the government we fought for.«⁴⁶³

Während für Jefferson auf nationaler Ebene der *demos* rebellieren und kontrollieren darf, forciert er *township meetings* als lokaldemokratische und quasirevolutionäre Institutionen gegen den elektoralen Despotismus. Zusätzlich schlägt er ein Bezirkssystem vor, wobei die Bezirke elementare Republiken seien, die den Geist der Revolution realisiert hätten. Elementar (und basisdemokratisch) seien diese Republiken, da hier die Stimme des Volkes vernehmbar sein solle.⁴⁶⁴ Was insgesamt auf lokaler Ebene radikal-

klesia praktiziert oder gefordert werden, sondern neue Grundsatzregeln stets aufgestellt werden können. Beide Möglichkeiten sind aber mehr oder weniger starke Einschränkungen des Rechts auf eine Konstitutionalisierung, um bestimmte Verfassungsnormen zu schützen.

460 Vgl. Roberts: Athens on Trial, S. 188-190.

461 Vgl. Gerstenberger: Zur politischen Ökonomie der bürgerlichen Gesellschaft, S. 176; Kelleter: Amerikanische Aufklärung, S. 509f.

462 Vgl. Hermens: The Representative Republic, S. 190-192; Pole: Political Representation in England and the Origins of the American Republic, S. 298f.; Rahe: Republics, S. 699-713; Müller: Liberalismus und Demokratie, S. 137-140; Vorländer: Hegemonialer Liberalismus, S. 85f.

463 Zit. Jefferson: Writings, S. 254.

464 Diese regionalen Untergruppen sollen mit imperativ gebundenen Gremien als lokale Sachverwalter, *wards*, besetzt werden. Jeder Bürger solle in diesen Subrepubliken aktiv und gemeinschaftlich regieren. Dies zeigt sich an der Unterteilung der *little republics*, die mit einem Umfang von fünf bis sechs Quadratmeilen eine zentrale Schule und andere soziale Einrichtungen haben sollten. Sie basieren auf bürgerschaftlich-kommunaler Kooperation im agrarischen Lebensstil und ermöglichen Volksversammlungen. Die Kontrolle interner Politikfelder (Erziehung, Infrastruktur, Soziales, politische Führung) sollte dieses klassisch-demokratische Konzept in lokalen Subregimen ermöglichen. Vereint wird dies mit einer individualistischen negativen Freiheit durch das *limited government* und der *delegated authority* auf nationaler Ebene. Arendt konstatiert daher teils korrekt, dass bis auf Jefferson (de facto auch bis die Anti-Federalists) die Founding Fathers Stadtgemeinden und *township meetings* nicht in den Bundes- und Länderverfassungen sichern wollten. Dagegen gelte als Errungenschaft der neuen Republik die Repräsentation statt der klassischen Demokratie. »Nicht das Volk, sondern nur seine gewählten Repräsentanten hatten Gelegenheit, sich wirklich politisch zu betätigen, was heißt, daß nur sie im positiven Sinne frei waren.« (Zit. Arendt: Über die Revolution, S. 339). Jefferson erkennt die positive Freiheit der direkten Partizipation an und kombiniert sie mit dem Streben nach Glück; frei und glücklich ist, wer an den öffentlichen Angelegenhei-

demokratisch klingen mag, ist auf Unionsebene aber nicht so radikal, wie Hardt meint. Denn Jefferson bezweifelt – um das abermals zu betonen – nicht die Notwendigkeit einer *natural aristocracy*. Im Sinne der Mischverfassung wird der *demos* ihr lokaler Gegenpart. Es ergebe sich eine Aufteilung der Macht zwischen den Vielen und den Wenigen, wobei der normale Bürger politisch in seiner lokalen Einheit partizipieren sollte und darüber hinaus kontrollieren oder rebellieren darf. Dadurch wird auch der Sinn der undemokratischen Verfassung nur relativiert. Da Jefferson die *elementary republics* erst im 19. Jahrhundert konzipiert hat, passt dies aber zeitlich nicht zum historischen Fokus der vorliegenden Studie. Deswegen soll hier nicht näher darauf eingegangen werden.

Auch Madison forciert noch die Macht der Union und der *natural aristocracy*, aber weniger als in den *Federalist Papers*, da die Fusion der Einzelstaaten auch gefährliche Effekte habe. Seine Position nähert sich den früheren Anti-Federalists an. Denn er sieht nun eine einzige Legislative als nachteilig für die Einzelstaaten an, was die Union – via Prärogativen von nationaler Legislative und Exekutive – zu einer Monarchie führen könne, wenn man nicht lokale Organe partizipieren ließe und einen begrenzt selbstbestimmten Kurs erlaube. Diese Optionen würden zu einer Konsolidierung von Interessen und der öffentlichen Freiheit führen.

»[A] confederated republic attains the force of monarchy, whilst it equally avoids the ignorance of a good prince and the oppression of a bad one. To secure all the advantages of such a system, every good citizen will be at once a centinel over the rights of the people; over the authorities of the confederal government; and over both the rights and the authorities of the intermediate governments.«⁴⁶⁵

Die Einzelstaaten, die Kontrolle des Volkes und die Macht der Volksmeinung sind somit weitere *checks*, ohne dass Madison von seiner früheren Repräsentationstheorie stark abweichen müsste.⁴⁶⁶ Er ist damit keinesfalls zum Demokraten geworden.⁴⁶⁷

ten teilnimmt. Gegen die Gefahr einer regierenden Oligarchie sei es der konsequente theoretische Schritt Jeffersons gewesen, den Elektoraldespotismus durch die Elementarrepubliken zu verhindern und die positive Freiheit der Bürgerschaft zur Partizipation zu ermöglichen. Arendt zufolge antizipiert Jefferson mit dem *ward*-System die Idee der Rätedemokratie als partizipatorisches und egalitäres Gegenstück zur »repräsentativen Demokratie«. (Vgl. Ibid., S. 339-344/358-366; Carpenter: *The Ultimate Defense of Liberty*, S. 136-139; Sheldon, Garrett W.: *The Political Philosophy of Thomas Jefferson*, Baltimore 1991, S. 86-88.)

465 Zit. Madison: *Writings*, S. 502.

466 Vgl. Ibid., S. 498-505. Es wäre verkürzt anzunehmen, wie Stanley Elkins und Eric McKittrick, dass Madison mit dem Lagerwechsel eine 180-Grad-Wende vollzogen hätte, wenn er die Verfassung strikter auslegen will als Hamilton. Adäquater wirkt die Einschätzung von Elaine K. Swift, dass Madison sich mit dem Fokus auf negative Freiheiten von den Federalists distanzieren musste und so die Allianz zwischen Madisonians und Anti-Federalists möglich wurde. (Vgl. Elkins, Stanley/McKittrick, Eric: *The Age of Federalism. The Early American Republic, 1788-1800*, Oxford 1993, S. 233f.; Swift, Elaine K.: *The Making of an American Senate. Reconstructive Change in Congress*, Ann Arbor 1995, S. 81-111).

467 Vgl. Madison: *Writings*, S. 231-241; vgl. auch Cornell: *The Other Founders*, S. 201-218/255-257. So kritisieren einige frühere Anti-Federalists, dass die öffentliche Meinung bei Madison etwas von oben Moderiertes ist. (Vgl. Manning, William: *William Manning's Key of Liberty*, hg. von Morison, Samuel E., in: *The William and Mary Quarterly*, 2(13/1956), S. 202-254, hier: S. 231.)

Die Federalists bleiben ihrer Haltung aus der Verfassungsdebatte treu und ordnen dem vermeintlich exzessiven und unfähigen Volk die Rolle des Wählers und Befehlsempfängers zu, während die Repräsentanten das Wohl der Union sichern würden. Die Democratic Republicans hingegen fordern explizit die Stärkung demokratischer Elemente, wie *townhall meetings* und ein Nullifikationsrecht. Die Position Jeffersons beinhaltet ein rebellisches Element. Madison bleibt mit seinem Konzept der Partizipation vage. Wo Jefferson eine Distanz zwischen dem Volk und den Delegierten befürchtet, dem gegensteuern und sich mit den Anliegen der Mehrheit befassen will, ist Madison mit den Rechten von Minderheiten und Individuen befasst.⁴⁶⁸ Dennoch halten Jefferson und Madison die *natural aristocracy* für eine begrüßenswerte nationale Entität; jedoch sei diese republikanisch nicht ausreichend für die Herrschaftslegitimation. Als Gegengröße soll die lokale Selbstgesetzgebung gestärkt werden. Beide sind also keinesfalls so demokratisch wie häufig angenommen. Dieses Urteil ist nicht in gleichem Maße gültig für andere Democratic Republicans, deren Demokratieverständnis oft weiter geht. Die Spannung zwischen Partizipation und Repräsentation spitzt sich zu. Der Sieg der Republicans bedeutet daher dreierlei: die Souveränität der öffentlichen Meinung (Madison), der Sieg negativer Freiheiten eines *limited government* (Madison und Jefferson) und ein demokratischer Republikanismus, der sich nicht ausschließlich auf das Ideal der Repräsentation verlässt (Jefferson und Paine).

3.3.4 Checks and Balances

Auch das institutionelle Design der *checks and balances* wird prinzipiell in den 1790ern nicht mehr hinterfragt, aber die jeweiligen Interpretationen divergieren. Die Federalists präferieren einen starken *President*, der vom Veto Gebrauch machen und bestenfalls ohne Eingreifen des *Congress* regieren soll. Diese exekutive Patronage dient Hamilton als Garantie einer effizienten Regierung. Obwohl er und Madison ein Politikbild als *Publius* teilten, unterscheiden sich ihre Konkretisierungen der Machtaufteilung. Denn Hamilton zufolge kann dem Regierungschef getraut werden, da er allein herrschen würde und daher auch allein verantwortlich sei. Deshalb erfülle er automatisch seine Pflicht. Er und die *Senators* sollen daher im Amt bleiben, solange sie gute Arbeit leisten. Ein »demokratisches« *House of Representatives* könne dabei von keinem »demokratischen« *Senate* adäquat kontrolliert werden, um sich gegenseitig in Einfluss, Interesse und Meinung zu überprüfen und regionale Unterschiede zu kompensieren. Denn gerade von einer demokratischen Legislative befürchtet Hamilton eine Usurpation und Verletzung konstitutioneller Prinzipien. Seine Lösung dagegen sichere personell und institutionell die Subordination der Einzelstaaten gegenüber der Union. Um die Stabilität zu erhalten, brauche es einen permanenten Willen der Regierung und für die Exekutive größere Kompetenzen gegenüber den Einzelstaaten. Mit dieser von der Kontrolle des Volkes und anderer Institutionen unabhängigeren Rolle des Präsidenten entwerfen die Federalists ein hierarchisches System, basierend auf archaisch-heroisierenden Herrscheridealen, obgleich der Präsident von den Federalists offiziell nicht als Pendant zum

468 Vgl. Wood: *Empire of Liberty*, S. 147-150.

britischen Monarchen interpretiert wird. Hamilton akzeptiert aber den institutionalisierten Kampf der Wenigen gegen die Vielen, indem er den Gedanken der Mischverfassung mit den *checks and balances* als realisiert sieht. Zum Prinzip der Mischverfassung tritt für Hamilton der *President*. Seine Position repräsentiere aber kein monarchisches Element, sondern verkörpere die Einheit der Union (was durchaus einen monarchischen Klang hat). Den *Supreme Court* deutet der *Federalist* dagegen als Kontrollorgan – vor allem gegenüber der Legislative, was die Democratic Republicans als Unterminierung konstitutioneller Elemente kritisieren.⁴⁶⁹

Hamilton legt damit eine Neuinterpretation der Verfassung und der Interdependenzen der Institutionen vor, mit einer größeren Stärkung monarchischer Elemente.⁴⁷⁰ Dass für viele Federalists der *President* ein Ersatzmonarch war, illustriert ein scheinbar nebensächlicher Vorfall: Zur Inauguration von Washington am 30. April 1789 ist Adams und vielen *Senators* unklar, wie sie sich dem *President* gegenüber verhalten sollen. Soll man stehen oder sitzen, und mit welchem Titel soll Washington angesprochen werden? Die Frage der Etikette wird für diese Aristokraten zum Problem: Einerseits ist das Staatsoberhaupt ein Bürger des als Republik verstandenen Systems. Andererseits sind sowohl der Nimbus, der Washington umgibt, als auch die Idee des die Union repräsentierenden Oberhauptes monarchisch. Während der Inauguration wird das Problem umgangen, indem schlicht *President George Washington* gelobt wurde. Dennoch legt diese Anekdote das Grunddilemma zahlreicher Federalists offen, einen Quasimonarchen haben zu wollen, aber diesen nicht so zu nennen.⁴⁷¹

Während Hamilton eine unabhängige Judikative und Exekutive forciert, will Jefferson alle Staatsgewalten an die Mehrheit des *Congress* binden, weswegen die Federalists den Parlamentarismus der Republicans als jakobinisch deklassieren. Die Democratic Republicans können dagegen den Federalists und ihrer Position eines starken Präsidenten mit einer gewissen Berechtigung Monarchismus vorwerfen.⁴⁷² Der Standpunkt der Republicans kann gestärkt werden, insofern dieser eine strikte Einhaltung der Verfassung fordert und das Narrativ heraufbeschwört, dass durch eine Verschwörung der Federalists die amerikanische Republik durch monarchische Elemente unterminiert werde. Vor allem seit den *Alien and Sedition Acts* wird ein Verfall der Republik sowie das Aushöhlen von Föderalismus und Gewaltenteilung befürchtet. So schreibt Jefferson in diesem Kontext:

»I am opposed to the monarchising features by the forms of it's administration, with a view to conciliate a first transition to a President & Senate for life, & from that to a hereditary tenure of these offices, & thus to worm out the elective principle.«⁴⁷³

469 Vgl. Hamilton: *Papers*, Bd. 4, S. 180-187/275-277; Bd. 10, S. 293; Bd. 25, S. 537; Sheehan: *Madison v. Hamilton*, S. 410f./419f.; Rahe: *Republics*, S. 656-659; Ellis: *American Political Culture*, S. 80-82; Dietze: *The Federalist*, S. 343.

470 Vgl. Walling: *Republican Empire*, S. 155-164; Federici: *The Political Philosophy of Alexander Hamilton*, S. 110f. In Rossiter, Clinton: *Alexander Hamilton and the Constitution*, New York 1964, S. 93-95 ist gar die Rede von einer Neufassung der Constitution durch Hamilton.

471 Vgl. Wood: *Empire of Liberty*, S. 64-88.

472 Vgl. Müller: *Liberalismus und Demokratie*, S. 141.

473 Zit. Jefferson: *Writings*, S. 1056.

Gerade Hamiltons Idee (aus der Verfassungsdebatte), die beiden genannten Institutionen bei guter Amtsführung auf Lebenszeit zu vergeben, hat einen elitären Impetus. Das würde auf Dauer die Gewaltenteilung obsolet werden lassen, indem die USA zu einer zweiten britischen Monarchie würden. Das zeigt, dass diese Kritik republikanisch ist, insofern sie antimonarchisch ist. Auch Jefferson duldet die Transformation des Republikbegriffs, insofern er ein *checks and balances* forciert und den *Congress* als demokratisch-republikanisches Organ mit Einfluss der Staaten interpretiert.⁴⁷⁴ Er akzeptiert die Federalist-Terminologie einer *extended and representative republic* mit *checks and balances* und will sie lediglich zugunsten der Volkssouveränität korrigieren. Den *Congress* sucht er daher zu stärken; die Wahl wird als republikanisches Rekrutierungsinstrument akzeptiert, solange ein elektoraler Despotismus verhindert werden kann. Auch will Jefferson die undemokratischen Organe (wie den *Supreme Court*) nicht demokratisieren, sondern per *Congress* kontrollieren, damit das vermeintliche Prinzip der Mischverfassung erhalten bleibe. Mit der Akzeptanz dieser Gewaltenteilung ist keine Machtkonzentration impliziert. Jedoch ist diese Form des *checks and balances* ein Kompromissversuch, die gegenseitige Kontrolle der Institutionen an das Volk – im Sinne des *Congress* als gewählte Institution – rückzubinden. Die repräsentative Volkssouveränität wird begrenzt auf die Gesetzgebung, um einen Despotismus (der Monarchisten, Aristokraten oder Demokraten) zu verhindern. Gemeint ist keine umfassende Demokratie, die alles unter die Macht des angeblich demokratischen Organs stellt, sondern eine Selbstgesetzgebung – im Falle der Jeffersonians jedoch ein wesentlich gestärktes Organ, von dem die anderen Institutionen abhängen. Zudem bekommt das präsidentiale Amt unter Jefferson den Anspruch eines Volkstribunats.⁴⁷⁵ So sagt Jefferson 1801: »Relying [...] on the patronage of your good will, I advance with obedience to the work, ready to retire from it whenever you become sensible how much better choice it is in your power to make.«⁴⁷⁶ Er inszeniert das Amt als der Öffentlichkeit rechenschaftspflichtig und als Sprachrohr des Volkes. Dennoch bleibt eine Betonung der Tugend des Herrschers. Die Hierarchie, die die Verfassung bereitstellt, bleibt; sie wird jedoch in der Erwartung und dem Politikstil idealiter flacher konzipiert. Dies ist abhängig von der Person des *President* oder den gesellschaftlichen Normen, weniger vom konstitutionellen Prinzip.

Durch das Beharren auf einer gegenseitigen Abhängigkeit der Institutionen sind die Republicans näher an der Verfassung als die zeitgenössischen Federalists. Dadurch kann Madison als Republican sein Konzept von *checks and balances* als Prinzip eines *free government* beibehalten. Das *free government* definiert sich nicht, wie bei Hamilton, als Unterstützung eines übermächtigen *President*, sondern als eine limitierte und kontrollierte Exekutive sowie einer personellen Trennung der Ämter.⁴⁷⁷ So definiert Madison 1792 die gewaltenteilten USA folgendermaßen:

474 Vgl. Banning: Republican Ideology and the Triumph of the Constitution, 1789 to 1793, S. 184-188; Mayer: The Constitutional Thought of Thomas Jefferson, S. 129-131.

475 Vgl. Vorländer: Demokratie, S. 61f.; Ackerman: We the People, S. 71-74.

476 Zit. Jefferson: Writings, S. 496.

477 Vgl. Ellis: American Political Culture, S. 80f.; Rakove: The Original Intention of Original Understanding, S. 176-185; vgl. auch Wood: Creation of the American Republic, 1776-1787, S. 152-159.

»The power delegated by the people is first divided between the general government and the state governments; each of which is then subdivided into legislative, executive, and judiciary departments. And as in a single government these departments are to be kept separate and safe [...] In bestowing the eulogies due to the partitions and internal checks of power, it ought not the less to be remembered, that they are neither the sole nor the chief palladium of constitutional liberty. The people who are the authors of this blessing, must also be its guardians.«⁴⁷⁸

Mit Madisons *checks and balances* präsentieren sich die Republicans als verfassungsgemäßer als die Federalists, da die Theorie der gegenseitigen Kontrolle in den *Federalist Papers* primär von Madison stammt – während von Hamilton eher das Konzept eines möglichst starken *President* kommt. Im Unterschied zur Ratifikationsdebatte betont Madison nun das Volk, das als Wächter des Systems agieren müsse. Damit kombiniert er semantisch die gegenseitige Kontrolle von Eliten mit dem Element der Volkskontrolle, die als Freiheitsgarant die klassische Partizipation ersetzt. Ob die Rolle des Wahlaktes als Kontrollinstrument durch das Volk noch sekundär gedacht wird – im Vergleich zur Interorgankontrolle (wie Madison in den *Federalist Papers* meinte) – wird hieraus nicht klar. Dass die Rede von der Volkskontrolle dagegen eher ein rhetorischer Zug ist, wird auch daran ersichtlich, dass er die Art der Kontrolle durch die Bürgerschaft nicht spezifiziert. Zumindest sprachlich wird die Dominanz der Wenigen abgelehnt.⁴⁷⁹

Auf allgemeiner Ebene versuchen Jefferson und Madison republikanische und demokratische Prinzipien (wie das Verbot von Ämter- und Kompetenzakkumulation und einer tribunizischen Umdeutung des Präsidenten) zu adaptieren. Das sowie eine eher geringe Kontroll- und Partizipationskompetenz des *demos* macht aber keine klassisch-demokratisch geprägte Mischverfassung aus. Es manifestiert sich der Konflikt (um die Frage der Stärke der Exekutive in Relation zur Legislative) zwischen Hamilton und Madison, der in den *Federalist Papers* schon in unterschiedlichen Betonungen und Schwerpunkten sichtbar, aber weniger ostentativ war. Die Federalists weichen im Lauf der Dispute partiell von ihrem Konzept der *checks and balances* ab, indem sie einen Fokus darauflegen, dass die der direkten Volkswahl entzogenen Organe (*President* und *Supreme Court*) die Gewählten im *Congress* und beide Häuser sich gegenseitig kontrollieren, während der *President* mächtig und unabhängig agieren solle. Das zeigt das Misstrauen gegenüber vom Volk rekrutierten Politikern. Selbst die Federalists sehen ein Element der Volksmacht in der Wahl von Repräsentanten. Implizit wird eine Ähnlichkeit von *actual representation* und *democracy* doch partiell akzeptiert. Die Democratic Republicans dagegen betonen die gegenseitige Kontrolle, sehen den *President* als dem Volkswillen (ethisch-normativ, nicht institutionell-rechtlich) verpflichtet und rhetorisch die Bürgerschaft als basales Kontrollorgan einer negativen Volkssouveränität. Dabei wird der *Congress* (nicht der *demos*) als primäre Einheit der institutionellen Interdependenzen gesetzt. Die bestehende Form des *checks and balances* wird nach dem jeweiligen Politikstil vor allem bezüglich des *President* angepasst, ob es sich um einen

478 Zit. Madison: Writings, S. 508f.

479 Vgl. Ibid., S. 408-410; Cornell: The Other Founders, S. 248-251; Cost: The Price of Greatness, S. 20-25/79-82.

Quasimonarchen oder Volkstribun handelt. Daraus lässt sich eine Verschiebung seit der Amerikanischen Revolution konstatieren: Während die Whigs durch die *separation of powers* das Volk/»demokratische« Institutionen und aristokratische Institutionen und Akteure zähmen wollten, spaltet die Verfassungsdebatte dies auf, indem man einer Gruppe mehr misstraut als der anderen. Dies zementiert sich und drückt sich in den 1790ern im Bedürfnis aus, eine bestimmte Institution gegenüber der anderen nachhaltig zu stärken. Dieser Wandel verursacht einen teilweise normativen Aufstieg demokratischer Ideale (Volkssouveränität, Öffentlichkeit) und des Begriffs *democracy* innerhalb des politischen Systems ab Ende der 1780er/Anfang der 1790er.

3.3.5 Zwischenfazit

Die Wahl von 1800 markiert eine historische Zäsur, indem die demokratiekritischen Federalists mit *President* Adams gegen Jefferson und die Republicans im *House of Representatives* verlieren, was Jefferson selbst als Sieg der revolutionären Prinzipien titulierte, da Adams und Hamilton sowohl die Ideen der Amerikanischen Revolution als auch der *Constitution* verraten und deswegen verloren hätten.⁴⁸⁰ Jeffersons Sieg bei der Präsidentenwahl mündete zunächst in eine Eliminierung der Nationalbank, einer Extinktion der öffentlichen Schulden und einer Revision der *Alien and Sedition Laws*. Diese Zäsur wird von Zeitgenossen als *Revolution of 1800* verstanden, da der neue *President* für eine neue Ordnung stünde: die Prinzipien des Individualismus, einen bürgerlichen Präsidenten, die kontinentale Expansion und der Kommerz. In seiner Amtszeit ging es aber daher eher um Freihandel und Expansion denn um lokale Demokratie.⁴⁸¹ Es handelte sich beim Machtwechsel realiter nicht um einen rebellischen oder revolutionären Akt, sondern um einen konstitutionellen Übergang, der nicht die Repräsentation und ihren semantischen Konnex mit der Volkssouveränität infrage stellte.⁴⁸² Einige der Federalists wurden von Jefferson ihres Amtes enthoben, da er sie als antirepublikanische Gefahr interpretierte. Auch die Expansion nach Westen, um für die weißen Amerikaner »freies« Land als Besitz zwecks Autarkie zu schaffen, wurde in seinen Amtsperioden betrieben. Ansonsten aber erhielt Jefferson weitgehend den Status quo. Er betrachtete das Volk als gut informiert, weshalb sie den Respekt der Herrscher verdient hätten. Das führe zu einem ruhigen Kurs. Dahinter steht ein Bedürfnis nach einem überparteilichen Konsens, der die Systemfrage nicht stellt.⁴⁸³ Zwar beseitigt Jefferson viele der akuten Kritikpunkte an der Politik der Federalists, und seine Rhetorik ist egalitärer. Aber es kommt zu keiner Umformung der Repräsentation oder einer maßgeblichen Ausweitung versammlungsdemokratischer Elemente. Stattdessen wird eine Rhetorik generiert, die die Bürgerschaft als kundig und mündig benennt, aber die Hierarchien nicht beseitigt, sondern den Politikstil lediglich flacher wirken lässt.

Jefferson und Hamilton stellen zwei grundsätzlich verschiedene Stränge der politiktheoretischen Tradition der USA dar: Hamilton hält die menschliche Natur für schwach

480 Vgl. Miller: Thomas Jefferson and the Creation of America, S. 66-68.

481 Vgl. Lienesch: New Order of the Ages, S. 204f.; Peterson: Adams and Jefferson, S. 124.

482 Vgl. Rahe: Republics, S. 687; Kennedy/Cohen/Bailey: The American Pageant, S. 215.

483 Vgl. Nicolaisen: Thomas Jefferson, S. 107-112; Rutland: James Madison, S. 169-171.

und fehlerhaft, weswegen sie der Führung bedürfe. Jefferson glaubt an die freien und gleichen Menschenrechte in verschiedenen Ausformungen und an die Vernunft. Zwischen beiden bewegt sich Madison als Individualist.⁴⁸⁴ Der Kern von Madisons politischem Denken ist undemokratisch. Vielmehr zeigt er sich während der Ratifikationsdebatte als antidemokratisch, da er die größte Bedrohung im »gewöhnlichen Volk« sieht, entwickelt sich aber zum Republican, da er in der Politik der 1790er die Gefährdung der Freiheit durch die Finanzeliten und Federalists erkennt. Dabei forciert er Großgrundbesitzer, wo Hamilton Banken und Jefferson Farmer unterstützen. Madison bleibt also ein Elitetheoretiker.

Durch die hortatorische Rhetorik jedoch, die *democrats* und *aristocrats* kontrastiert und Taktiken zur Loyalitätssicherung und Diffamierung bereitstellt, erhalten Wähler nicht nur die symbolische Macht, über die politische Richtung zu entscheiden, sondern die Jeffersonian Republicans markieren als Wahlsieger den rhetorischen und semantischen Sieg der *common people*. Damit triumphieren eine polarisierende, progressive Rhetorik und eine kritische Öffentlichkeit. Der Grad der Partizipation per Wahl nimmt zu. Dieser Sieg ist das Resultat der die 1790er durchbrechenden Anerkennung einer politischen Sprache.⁴⁸⁵ So wird der Terminus *democracy* – etwa durch die Democratic Republican Societies, Paines terminologischen Wandel einer *representative republic* zur *representative democracy* oder Jeffersons Revolutionsrhetorik – aufwertet. Ebenso werden demokratische Prinzipien positiv bewertet. Hierzu gehören eine partizipative Volkssouveränität, politische Freiheit und Gleichheit, Kontrollmöglichkeiten der Regierung durch den *demos* oder Lokaldemokratie als Supplement und Basis der ansonsten hingenommenen elitären Elemente des politischen Systems. Der Beginn des semantisch-normativen Durchbruchs der »repräsentativen Demokratie«, der in den USA durch einen sukzessiven Fortschritt seit der Revolution zu konstatieren ist, kann auf die 1790er datiert werden und hat 1800 einen vorläufigen Höhepunkt gefunden. Während die Federalists die Demokratie noch deklassierten, bekommt der Begriff *democracy* nun eine abstraktere und positivere Wertung. Denn die Democratic Republican Societies und die Jeffersonian Republicans konnten den Konnex von *mob rule* und *democracy* neutralisieren, durch ihren Anspruch der Erziehung zur republikanischen Tugend, ihren Vernunftbegriff, das egalitäre Naturrecht und die Idee einer verantwortungsbewussten Opposition. Aus der Trennung von *mob rule* und *democracy* folgt die Verbindung von *representation*, *popular sovereignty* und *democracy*. Kombiniert mit den demokratischen Werten der politischen Freiheit und Gleichheit muss der Anspruch der Federalists, dass die politische Partizipation der *common people* nur über eine Rekrutierung der Elite vorstattengehen dürfe, kritisiert werden. Daraus ergibt sich als Alternative die Legitimierung des politischen Widerstandes, um die genannten Normen und Rechte gegen die Elite zu verteidigen.⁴⁸⁶ Im semantischen Feld von *republic*, *democracy* und *popular government*, nimmt der Terminus *democracy* für die Democratic Republicans eine dominantere Rolle

484 Vgl. Read: »Our Complicated System«, S. 470–472; vgl. auch zum Unterschied von Jefferson und Hamilton Federici: *The Political Philosophy of Alexander Hamilton*, S. 236–243.

485 Vgl. auch Robertson: *The Language of Democracy*, S. 34–38; Hochgeschwender: *Die Amerikanische Revolution*, S. 398–400.

486 Vgl. Hanson: »Commons« and »Commonwealth« at the American Founding, S. 187f.

ein als 1776. So lässt sich um 1800 eine Aufwertung des Demokratiebegriffs feststellen und die erste Hauptthese bestärken, insofern die Aufwertung sogar von den Diskursgewinnern ausgeht, die die Ideen der *Jacksonian Democracy* antizipierten. Der Erfolg des Demokratiebegriffs darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Ideen demokratischer Elemente sich nur schwach durchsetzen konnten. Zudem ist die Verfassung für die Democratic Republicans kaum revidierbar.⁴⁸⁷

Die Sozialtheorie des marktwirtschaftlichen Demokratismus, der ökonomisch unabhängige Farmer schaffen soll, die – befreit von ökonomischen Determinanten – frei und gleich partizipieren könnten, kombiniert das demokratische Ideal der breiten Partizipation der Bevölkerung mit dem aristotelischen Ideal einer *polis*, aber auch dem Konflikt sozialer Gruppen. Durch den Sieg der Jeffersonians wird der progressive Charakter dieses Hybriden zu einem affirmativen Charakter. Während Jeffersons progressiv-partizipatorischen Ideen (*elementary republics, wards*) zum sprachlichen Erfolg der demokratischen Republik führten, werden diese in seiner *Presidency* minimiert.⁴⁸⁸ Dabei ist Jeffersons Bewertung seiner Wahl zum *President* aus der Retrospektive erleuchtend. 1819 schreibt er: »They contain the true principles of the revolution of 1800, for that was as real a revolution in the principles of our government as that of 1776 was in its form.«⁴⁸⁹ Darin drückt sich die Tradition der Republicans aus, dass sie an die Amerikanische Revolution anschließen und die Wahl eine Revolution der Prinzipien und nicht der Staatsform war – und somit auch keine der Demokratie als Staatsform, sondern eher als öffentlicher Wert oder soziale Lebensform. Aber hier zeigt sich die moderate stilistische, nicht per se demokratische Bewertung Jeffersons. Dabei wurden diese Transformation sowie der Aufstieg »demokratischer« Normen und Termini mit Jefferson assoziiert. Die Wahl 1800 mag einen kathartischen Effekt auf die US-amerikanische Gesellschaft gehabt haben, die aristokratische Werte sukzessive ausmerzt für die Ausweitung demokratischer Werte. Aber der grundlegende institutionelle Wandel blieb aus. Selbst die Republican Societies verschwanden wieder. Deren Alternative oder Ergänzung zur Politik der Repräsentation war nicht von Dauer, da der nationale Einfluss nicht bestand.⁴⁹⁰ Dies deutet darauf hin, dass die entscheidende Ebene der Öffentlichkeit jene des nur schwer demokratisierbaren Nationalstaates war.

Gegen die Ideen der Federalists – wie einer *natural aristocracy*, einen möglichst starken *President* und einer Diffamierung des Volkes als faktiös, garniert durch repressive Gesetze und einer forcierten Kongruenz der politischen und finanzökonomischen Eliten – konnten sich die Democratic Republicans rhetorisch durchsetzen. Das lag auch daran, dass die Federalists in der konkreten Politik plutokratischer, monarchistischer und merkantilistischer wurden. Und Madison verband sein individualistisches

487 Die hypothetische *Ultima Ratio* einer erneuten Revolution oder Jeffersons Idee einer neuen Verfassungsgebung nach einer Generation, die auf der Majorität des *demos* basiert, wurde im politischen Diskurs nach 1800 nicht ernsthaft erwogen.

488 Vgl. auch Müller: Liberalismus und Demokratie, S. 158.

489 Zit. Jefferson: Writings, S. 1425.

490 Vgl. Koschnik: The Democratic Societies of Philadelphia and the Limits of the American Public Sphere, circa 1793-1795, S. 635f.

Pathos mit dem Konnex aus *Repräsentation* und *Volkssouveränität* (ursprünglich Positionen der Federalists) und mit einem republikanischen Bild der Öffentlichkeit. Dies servierte er den Democratic Republicans. Hamilton dagegen brauchte das Volk nur als stillen und gehorsamen Unterstützer der Regierung.⁴⁹¹ Die Democratic Republicans akzeptieren ökonomische Ungleichheiten. Jedoch sollen die (Ungleichheit verursachende) Wirtschaftsfreiheit – samt einer zivilisatorischen Erziehung – zur Autarkie der Bürger führen, die als politisch Freie und Gleiche herrschen können. Damit wurden demokratische Normen (wie das Vertrauen in die Vernunft der Bürgerschaft, Volkssouveränität und eine Rechenschaftspflicht der Amtsinhaber) anerkannt.

Das zeigt ein demokratisches Bewusstsein, basierend auf der republikanisch-partizipatorischen Sprache. Hardt interpretiert Jeffersons Demokratietheorie daher als die Mischung folgender Prinzipien: politische Autonomie und wirtschaftliche Autarkie (individuell und kollektiv), Freiheit und Gleichheit aufgrund der Singularität des Menschen qua Naturrecht, Recht auf Widerstand und eine konstituierte Macht.⁴⁹² Dagegen interpretiert die Mehrheit der ideengeschichtlichen Forschung Jefferson eher als libertären Denker, was nicht grundsätzlich demokratisch ist, da dies vorrangig den Schutz des Individuums vor dem demokratischen Kollektiv im *limited government* umfasst.⁴⁹³ Die Kombination aus demokratisch-republikanischen und individualistischen Prinzipien lässt sich darauf zurückführen, dass Jefferson keine geschlossene politische Theorie entworfen hat. Dennoch macht diese Mischung klar, dass es vereinfacht wäre, Jefferson als Radikaldemokraten oder Agrarliberalen zu interpretieren. Das Ideal der Repräsentation wird abermals deskriptiv. Diese bleibt aber hierarchisch, da aus dem Anspruch der Repräsentation eine Volksnähe, aber keine Weisungsgebundenheit folgt.

Ein Geist, der klassisch-demokratische Prinzipien mit dem Frühkapitalismus und Nationalismus kombiniert, muss seine neuen hegemonialen Normen mindestens einem Widerspruch unterwerfen: dessen Fusion mit einem von Demokratiekritikern geschaffenen politischen System aus Repräsentation und Hierarchie. Versammlungsdemokratische Elemente bleiben hinter dem elitären Charakter der Zentralregierung zurück. Und klassisch-demokratische oder -republikanische Mechanismen wie Rotation, Annuität, Iterationsverbot oder eine Diskussion über die Größe des Staates sind größtenteils passé, genauso wie die Debatte über den undemokratischen Charakter der Repräsentation. Diese Elemente werden egalitär moderiert, was zum widersprüchlichen Hybrid der »repräsentativen Demokratie« (begrifflich und demokratietheoretisch) führt. Zwar sind bestimmte Prinzipien der Kerndemokratie erfüllt, wie eine aktive Öffentlichkeit und der Glaube an eine selbstbestimmte Bürgerschaft; aber andere institutionalisierte Prinzipien (direkte und gleiche Partizipation, demokratische Amtsprinzipien) fehlen. Dies bestätigt die zweite Hauptthese, dass die »repräsentative Demokratie« weitgehend von den Feinden der Demokratie klassischer Art stammt und als undemokratisch (aus Perspektive der Demokratie klassischen Antlitzes) gelten muss. Aber

491 Vgl. Sheehan: Madison v. Hamilton, S. 421f.; Matthews: James Madison's Political Theory, S. 65.

492 Vgl. Hardt: Jefferson and Democracy, S. 73-75.

493 Vgl. etwa Erkila: Radical Jefferson, S. 277f.; Shalhope, Robert E.: Thomas Jefferson's Republicanism and Antebellum Southern Thought, in: The Journal of Southern History, 4(42/1976), S. 529-556.

in ihrer Aufwertung durch egalitäre Republikaner wird sie als demokratisch tituliert, da inklusive und egalitäre Sozialnormen mit der Repräsentation kombiniert werden.

3.4 Fazit: Der doppelte Wandel der Demokratie in Amerika

Wie kommt der doppelte Wandel der Demokratie in Amerika zustande? Betrachtet man zunächst den politischen Diskurs während der Amerikanischen Revolution, zeigt sich, dass in den 1770ern die meisten Denker und Publizisten den Terminus *democracy* noch meiden und ein System, das auf dem Willen des *demos* fußt, als Republik definieren, egal, ob dieser Wille direkt oder via Repräsentanten vermittelt wird. Implizit werden demokratische Normen über den Republikanismus bereits positiv bewertet. So gelten in den meisten Pamphleten dieser Zeit und in der *Declaration of Independence* Freiheit und Gleichheit als Naturrechte. Interessant ist dabei, dass bei Paine sowohl das klassische (positive) Ideal von Freiheit und Gleichheit – der freien und gleichen Partizipation der Bürgerschaft – als auch das moderne (negative) Ideal – als Schutz des Privaten und des Individuums sowie die Gleichheit vor dem Gesetz – ausgeglichen vorhanden sind, wodurch Freiheit und Gleichheit einen umfassenden Charakter erhalten. Wie die meisten zeitgenössischen Autoren will er diese Republik repräsentativ gestalten, aus dem Argument der Notwendigkeit heraus, da die Einzelstaaten und eine Konföderation zu groß für eine klassische Versammlungsdemokratie seien. Dass er diese *representative republic* synonym mit der Demokratie sieht, zeigt sich daran, dass er erstens in den 1790ern dieses Konzept als *representative democracy* klassifiziert und zweitens schon 1776 das Repräsentativsystem als Weiterentwicklung der klassischen *simple democracy* interpretiert, wobei die Repräsentation nicht als Notbehelf in einem vermeintlich demokratischen Großstaat, sondern als Fortschritt der Demokratie gedeutet wird. Um diese Repräsentation demokratisch zu gestalten, wird sie deskriptiv gedacht, indem das Volk die Repräsentanten als sein Spiegelbild jährlich wählt. Adams fokussiert in den 1770ern Freiheit und Gleichheit auf klassisch-republikanische Weise. Ohne explizit einen demokratischen Konnex zwischen Volksversammlung und Parlament zu ziehen, definiert auch er die Republik als Ausführung des Volkswillens – via deskriptiver Repräsentation. Gleichzeitig entsteht aber deutlicher eine Spannung zwischen einem elitären und einem egalitären Duktus der Repräsentation. Denn Adams sieht das Parlament als Miniaturbild, aber es sollten die besten Charaktere rekrutiert werden. Dass er eher einer klassischen Mischverfassung denn einer Demokratie anhängt, zeigt sich an seiner Gewaltenteilung. Sie soll dazu dienen, Gruppen und Konflikte zu institutionalisieren und zu moderieren. Beide Denker haben einen republikanischen Anspruch, den sie nicht als demokratisch titulieren, aber so unterschiedlich stark demokratische Vorstellungen implizit kommunizieren, wobei bei beiden sich eine Spannung aus einer auf dem Volk basierenden Republik respektive Demokratie und der modernen Repräsentation als Rekrutierung einer Elite, die mit den *people* identisch sein solle, entsteht.

Deutlicher wird der Gegensatz von Repräsentation und Demokratie in der Ratifikationsdebatte von 1787/88. Die Federalists differenzieren korrekt zwischen klassischer oder reiner Demokratie und der modernen, repräsentativen *free republic*. Dabei trennen sie die Begriffe *republic* und *popular government* von der *democracy*. Die Republik